

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 2. Juni 1933
14. Jahrgang Nr. 127

**Werde Abonnent
unserer Zeitung!**

Verkaufspreis: 1,00 Mk. + 50 Pf.
Zurück die Post bezogen
monatlich 2,15 Mk.
Halbjährlich 10,50 Mk.
Jahrespreis: 19,50 Mk.
Einzelhefte: 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die dreifache Zeile
in der ersten Spalte: 10 Pf.
in der zweiten Spalte: 8 Pf.
in der dritten Spalte: 6 Pf.
in der vierten Spalte: 5 Pf.
in der fünften Spalte: 4 Pf.
in der sechsten Spalte: 3 Pf.
in der siebten Spalte: 2 Pf.
in der achten Spalte: 1 Pf.
in der neunten Spalte: 1 Pf.
in der zehnten Spalte: 1 Pf.
in der elften Spalte: 1 Pf.
in der zwölften Spalte: 1 Pf.
in der dreizehnten Spalte: 1 Pf.
in der vierzehnten Spalte: 1 Pf.
in der fünfzehnten Spalte: 1 Pf.
in der sechzehnten Spalte: 1 Pf.
in der siebenzehnten Spalte: 1 Pf.
in der achtzehnten Spalte: 1 Pf.
in der neunzehnten Spalte: 1 Pf.
in der zwanzigsten Spalte: 1 Pf.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 39, Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Borber-
haus), Fernsprecher 439 02, Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50, Fernsprecher 460 39.

Antifaschistische Kampfkundgebung in Breslau Vorbereitender Einheitsausschuß gebildet / Siehe 2. Seite

Die Grubenbarone planen neuen Lohnraub!

Gestützt auf die faschistische Diktaturregierung v. Papen planen die ober-schlesischen Bergbauunternehmer einen neuen Lohnraub Unmittelbare Lohnabbaugefahr droht auch den Waldenburger Bergarbeitern / Antwortet mit der Schaffung der Einheitsfront!

Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat den Lohnsatz für den Steinkohlen- und Erzbergbau für Ende Juni gekündigt. Mit dieser Kündigung soll in erster Linie ein Lohnabbau der Ubertagearbeiter erreicht werden. Nach der bisher geltenden Lohnordnung ist es bei den Ubertagearbeiten die Regel, daß diese bei gleicher Beschäftigung in verschieden langer Arbeitszeit gleich hoch bezahlt werden. Der Arbeitgeberverband will mit der Beseitigung dieses Zustandes einen generellen Lohnabbau verbinden.

In Verbindung mit dieser Kündigung der Lohnsätze im ober-schlesischen Bergbau wird bekannt, daß die Lohnordnung im Ruhrbergbau durch einen Schiedsspruch um zwei Monate verlängert wird. Im Manteltarif wurde die Urlaubsbefreiung für die Bergarbeiter um 30 Prozent gekürzt, so daß als Urlaubsbefreiung pro Urlaubstag nur noch 70 Prozent des Schichtlohnes gezahlt werden sollen. Der neue Manteltarif läuft bis zum 31. März 1933.

Diese zwei Meldungen aus dem ober-schlesischen und Ruhrbergbau sind alarmierend für die Bergarbeiter, sowohl in Oberschlesien als auch in Niederschlesien. Die Verkündung der Lohnordnung im Ruhrbergbau ist ohne Zweifel zurückzuführen auf die Massenempörung der Ruhrkumpels und die wachsende Einheitsfrontwelle in allen dortigen Schächten unter Führung der KPD. und des GVD. Das Rechenkapital und die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie ist in der jetzigen Situation nicht in der Lage, den geplanten umfassenden tariflichen Lohnraub im vorgeesehenen Maße durchzuführen. Das bedeutet nicht, daß die Lohnraubgefahr etwa beseitigt ist. Im Gegenteil! Die neue Diktaturregierung, die alle Vorbereitungen für eine Hitlerregierung im Auftrag des SPD-Kandidaten von Hindenburg trifft, plant neue Notverordnungen, durch die der Lohn weiter gesenkt werden soll. Außerdem erscheint es der Bourgeoisie ratsam, mit verstärkter Hilfe der faschistischen Regierungsdictatur den Lohnraub in Etappen zu diktieren.

Der Anfang dazu ist die Kündigung der Lohnsätze im ober-schlesischen Bergbau! Die Bourgeoisie glaubt dort noch nicht auf einen solchen Widerstand wie im Ruhrbergbau zu stoßen. Derselbe Gefahr droht den Bergarbeitern in Niederschlesien! Auf diese neuen Lohnabbaumaßnahmen müssen die Delegierten sofort mit neuen Kampfmaßnahmen antworten. Jedes Revier und jeder Schacht trifft seine Kampfmaßnahmen! Jetzt erst recht die Einheitsfront gebildet, den Kampf für die Erhebung des Gehaltes organisiert. Nur durch die unermüdlichen Kampfmaßnahmen und Kämpfungen gegen den Lohnabbau, gegen die Notverordnungsdictatur, die Schaffung der

roten Einheitsfront auf jeder Schachtanlage wird es ermöglicht, die Pläne der Bergbauindustriellen zu durchkreuzen.

Vorigen Sonntag waren die Delegierten von den Gruben und Schächten aus dem ober-schlesischen Bergbau zur Schachtdelegiertenkonferenz zusammengelassen. Die Mittel und Methoden der Anwendung des Kampfes sind ausgearbeitet worden. Die gefassten Beschlüsse müssen in die Tat umgesetzt werden!

Die Bildung vorbereitender Kampfausschüsse ist die äußerste Vorbedingung, um den Kampf mit aller Kraft zu beginnen. Damit der Kampfausschuss vom Vertrauen der breiten Massen getragen ist, ist an die Schaffung der Einheitsfront sofort heranzugehen. Neben Kommunisten und parteilosen Arbeitern sind die sozialdemokratischen, christlichen und Christ-Önderischen Arbeiter in alle Funktionen und zu allen Arbeiten, die sich aus der Situation des Kampfes ergeben, heranzuziehen. Ganz besonders müssen die Frauen und Jugendlichen berücksichtigt werden, damit eine vollständige Geschlossenheit gewährleistet ist.

Es darf jetzt kein Zögern geben! Jede Minute ist zur Mobilisierung des Kampfes kostbar. In brüderlicher Solidarität müssen jetzt die Vorbereitungen zum Kampfe getroffen werden. Schulter an Schulter müssen die Bergarbeiter aller Parteien in einer geschlossenen Einheitsfront zusammenstehen. Nichts kann es geben, das uns im Kampfe trennen könnte. Der gemeinsame Hunger, die Not und das Elend muß uns zu einer festzusammengesetzten Einheitsfront zusammenschweißen. Nur im Feuer des Kampfes wird es möglich sein, den Lohnabbau sowie weitere Verschlechterungen im Betrieb abzuwehren.

Nach Brünnings Rücktritt

Hindenburg hat den Herrn von Papen mit der Bildung einer von Parlamentsmehrheiten unabhängigen, faschistischen Diktaturregierung beauftragt, die den Übergang zu einer Regierung gemeinsam mit den Nazis darzustellen soll. Die Namen der voraussichtlichen neuen Minister wären würdig einer reaktionären Regierung Wilhelms II. Dieses Übergangskabinett wird von den Nazis vielleicht unter bestimmten Bedingungen gestützt werden.

Die entscheidenden Kräfte im Lager der deutschen Kapitalistenklasse und der Reichswehrgenerale, die die Faschisierung Deutschlands vorantreiben wollen, zögern vorerst noch, die Nazis sofort in die Regierung zu holen. Das hat sehr gewichtige Gründe in der ganzen Situation des Klassenkampfes in Deutschland. Es steht vor der neuen Regierung die Aufgabe des weiteren Unterstufungsabbaus und neuer Steuerbelastungen für die arbeitenden Massen. Dabei erhebt sich vor der Bourgeoisie die Gefahr, daß sie durch ein zu provokatives Vorgehen auf einen größeren Massenwiderstand stoßen muß.

Die Bildung der Übergangsregierung widerspiegelt diese Widersprüche. Die Industriekapitäne, Großagrarier und Generale wollen die faschistische Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Opfer des Kapitalismus verschlimmern. Sie haben Brüning beauftragt, weil sie in noch rascherem Tempo den faschistischen Regierungskurs vorwärts zu treiben wollten. Sie müssen aber trotzdem ihren faschistischen Angriff gegen das Leben und die Freiheit der Arbeiterklasse noch teilweise „demokratisch“ verhüllen. Sie wollen Schritt für Schritt den Massenwiderstand ersticken. Die neue Übergangsregierung soll eine offene Koalition mit den Nazis vorbereiten. Die Nazis sollen auf die Ministerstühle des herrschenden „Systems“ eingeschleift werden.

Hindenburg, in zwei Wahlgängen der geehrte Kandidat der deutschen Sozialdemokratie, verhandelt mit seinem „Gegner“ Hitler über die Art des gemeinsamen Vorgehens bei der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur! Hindenburg, der „Hort der Demokratie“, wird mit eigenen Händen heute die Unterzeichnung zur Verfassung einer Regierung der Generalsdiktatur, wie morgen zu einer Fackelkreuz-Regierung leisten.

Die neue Regierung wird ihr Amt unmittelbar vor der Lausanner Konferenz antreten. Es ist bekannt, daß Brüning selbst keine Hoffnung hatte, vor dem Frühjahr des Jahres 1933 — nach den amerikanischen Wahlen — irgendwelche außenpolitischen Erleichterungen für Deutschland zu erreichen. Selbst die ferne „Hoffnung“ des Herrn Brüning auf das Jahr 1933 bot keinerlei Aussicht, die Fesseln der Umklammerung Deutschlands durch das Versailler und Young-System ernstlich zu lockern oder gar die weitere Verschärfung der kapitalistischen Krise in Deutschland aufzuhalten.

Die neue Regierung, mit oder ohne Nazis, wird trotz aller Anbiederung an den französischen Imperialismus nicht die Versailler Ketten öffnen können. Die neue Regierung wird die von Brüning betriebene Außenpolitik, der Anerkennung der „privaten“ Tributlasten, fortsetzen müssen. Auch unter der neuen Regierung wird Deutschland ein vom Auslandskapital abhängiges und unterdrücktes Land sein, in dem die deutsche Kapitalistenklasse mit noch faschistischeren Methoden den Tribut eintrudeln für das internationale Finanzkapital und den noch schärferen Ausbeuter für den eigenen Profit spielen werden.

Was kann die neue Regierung außenpolitisch bringen? Nicht die „nationale Befreiung“, die von den Millionen Hauptkrisen der Welt angekündigt ist, die deutschen Truppen und die SA-Deute dem französischen Imperialismus als Kanonensfutter gegen das Sowjetland des Sozialismus anbieten. Sie würde kriegerische Abenteuer an der polnischen oder italienischen Grenze provozieren. Sie kann die werktätigen Massen Deutschlands ins Elend des Krieges stoßen. Aber Deutschland könnte unter jeder kapitalistischen Regierung, unter jeder Nazi-Regierung, bestenfalls ein drittrangiges Land sein, ein Land, das der westlichen Imperialisten sein.

Nur die deutsche Kommunisten werden durch die Schaffung eines Rätebundes, im Bündnis mit der Sowjetunion, die

Hindenburg, der Kandidat der SPD., im Bündnis mit Hitler

Die Diktatur-Regierung gebildet

Die Antwort im Betrieb und auf der Stempelstelle: Proletarische Einheitsfront — Die kommunistische Partei erklärt dieser Regierung den Kampf bis zum Äußersten

Berlin. (Eig. Drahtbericht.) Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident von Hindenburg hat Herrn von Papen zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag folgende Herren zu Reichsministern ernannt: Freiherrn von Geyl zum Reichsminister des Innern, Generalleutnant von Schleicher zum Reichswehrminister, Professor Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister und Regierungspräsident a. D. Freiherrn von Braun zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsgerichtspräsident Dr. Winter zum Reichsminister für Reichsbahn, und Reichsbahnpräsident Freiherr von Elg-Hübner zum Reichspost- und gleichzeitig Reichsverkehrsminister.

Dieser Regierung der politischen, sozialen und kulturellen Realitäten sprechen neben der „Stahlhelm“ und „Kreuz-Zeitung“ und dem Landbund die Nazi ihr Vertrauen aus. Es ist die Regierung der Kriegserklärung an die werktätigen Massen Deutschlands und das Bündnis von Hindenburg mit Hitler. Im „Baumgarten“ zu München berichtet eitel Freude über die Galerie von Blau- und Roten und Kapitalisten in der Wilhelmstraße. Die maßgebenden Persönlichkeiten der Hitlerpartei haben schon ihre Bereitschaft der neuen Regierung erklärt und nur zwei Bedingungen gestellt: „Die Aufhebung des SA-Verbotes und die Neuwahlen zum Reichstages.“ Wer sind die neuen Männer, die in die Reichsregierung berufen wurden. Sie stehen den Nazis sehr nahe, denn nur daraus ist ihre Freude über das neugebildete Kabinett zu erklären.

Der neue Reichskanzler von Papen hat es verstanden, den größten Anteil der Berliner Zeitungszahlung, „Germania“, zu seinen Besitz zu bringen, um durch seinen Einfluß in dieser Zeit-

ung einen ganz offenen Interventionskurs gegen Sowjetrußland zu führen. Er ist der Vertreter der ausgesprochenen deutschen Kriegspartei.

Freiherr von Geyl aus Estland hat im Januar 1919 in Thüringen die Freikorps zur blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung organisiert. Er ist Mitglied der Jugendberg-Partei.

Generalleutnant von Schleicher ist der Arbeiterbewegung bereits bekannt, er hat die direkte Verbindung zu der Fackelkreuzpartei.

Warmbold von den NS. Farben vertritt in der „nationalen“ Regierung das deutsch-französische Chemiekapital.

Hindenburg, der Kandidat der SPD., hat diese Männer der äußersten Reaktion berufen. Durch sie hat er offen das Bündnis mit Hitler hergestellt. Hindenburg wurde noch vor Wochen von der SPD.-Führung als „Hort gegen den Faschismus“ (Schluß 2. Seite)

Antifaschistische Kampfundgebung in Breslau

Einheitsauschub aus SAP.-Proleten, Kommunisten und parteilosen Arbeitern gebildet

Der Kampfausschub der „Einheitsfront“ am gestrigen Abend... Die Kampfausschubmitglieder sind: ...

am 2. Juni zu sein, dann der Bund steht im eigenen Land... Der Bund steht im eigenen Land...

Schaffung der roten Einheitsfront und Verhinderung, daß der... der Einheitsfront ist die Voraussetzung für die Niederdrückung des... eines sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates.

Genosse Brodke weist auf die Beratungen des Kampfausschub... der Einheitsfront wird und muß von unten, im Proletariat, entstehen!

Es wurde ein Einheitsauschub gewählt, der die Vorbereitung... der nächsten Aufgaben zur Schaffung der roten Einheitsfront in Breslau zu übernehmen hat.

Zu der Diskussion sprachen ein SAP.- und ein KPD.-Arbeiter... der im Kampfausschub der gegen die Zwangsarbeit streikenden Arbeiter war und gemäßregelt wurde.

Die neue Regierung hat unverzüglich eine neue, in der... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Faschismus ist keine Arbeiterbewegung für die... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die gegenwärtig drohende Gefahr der offenen faschistischen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Wenn der „Vorwärts“ gestern Abend den Kampfschritt gegen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Tolerierungspolitik hat dem Faschismus die Bahn bereitet... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Tolerierungspolitik hat die deutsche Arbeiterklasse... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Tolerierungspolitik hat bei der vierten Notverordnung... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Braun-Severing-Regierung hat die proletarischen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die deutsche Sozialdemokratie hat alles, aber auch alles... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Sozialdemokratische Tolerierungspolitik hat nichts... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Sozialdemokratischen Führer gehen zu Hindenburg... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Wir wenden uns besonders an die sozialdemokratischen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die sozialdemokratischen Führer gehen zu Hindenburg... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Arbeiterklasse in, wenn sie einheitlich auftritt, härter... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der tätige aller Schichten! Wählt eure roten Einheits... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Am Tage der Bildung der nationalen Diktaturregierung... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Diktatur-Regierung gebildet

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Unter höchstem Verfall der Kampfundgebung erklärte der... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Arbeiterklasse ist härter als alle Minister... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Genosse Weder zeichnet denn das neue Kabinett als ein... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Nur Kommunisten für die Erwerbslosen

Nazis drücken sich um Stellungnahme zu Erwerbslosenforderungen — Nazi-Präsident Kerl holt die „Systempolizei“ — Revolutionärer Gruß den Hafenarbeitern von Gdingen!

Zu der gestrigen Landtagsitzung vertrat die kommunistische... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Sozialdemokraten brachten durch ihre Sprecherin... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

In Bezug der Zwangsproletenfrage unser Genosse... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Herr Kerl begründete die kommunistischen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Herr Kerl begründete die kommunistischen... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Hungerdemonstrationen vor dem Landtagsgebäude

Berlin. 2. Juni. (Sig. Drahtber.) Gestern Abend bildeten... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

„Wir haben Hunger, wir wollen Brot und Arbeit!“... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

„Nieder mit dem faschistischen Terror, nieder mit der...“... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

„Wir haben Hunger, wir wollen Brot und Arbeit!“... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Thüringer Volksblatt auf zehn Tage verboten!

Eine tolle Verbotsbegründung... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Thüringer Volksblatt für zehn Tage bis zum 9. Juni... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Thüringer Volksblatt für zehn Tage bis zum 9. Juni... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Der Genosse Wilhelm Roenen, der in glänzender Weise... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Als die Nazis Zwischenrufe gegen die Sowjetunion... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Strafen vor dem Landtag glichen einem... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Strafen vor dem Landtag glichen einem... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Strafen vor dem Landtag glichen einem... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Strafen vor dem Landtag glichen einem... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Ein siegreicher Streit

Berlin. (Sig. Drahtber.) Die Belegschaft der Berliner... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Belegschaft der Berliner... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Gottesberger Pflichtarbeiter rüsten zum Streit

Gottesberg. In einer überfüllten Versammlung der... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Pflichtarbeiter haben beschlossen, bei... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Pflichtarbeiter haben beschlossen, bei... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Die Pflichtarbeiter haben beschlossen, bei... der Kampf gegen die faschistische Reaktion...

Nazis wollen Gauegeschäftsstelle des Reichsbanners kürzen

Gestern abend gegen 19 Uhr sammelten sich nationalsozialistische Trupps auf dem Ring, welche später nach der Dhlauer Straße zu rücken, in der Absicht, die Gauegeschäftsstelle des Reichsbanners zu kürzen. Bis gegen 21 Uhr zeigte die Dhlauer Straße einen recht lebhaften Verkehr, inzwischen es oftmals zu größeren Menschenansammlungen kam.

Diese Meldung signalisiert erneut die faschistische Gefahr, gegen die die Arbeiterklasse geschlossen und entschieden auftreten muß. Unverzüglich muß die Arbeiterklasse den faschistischen Terror durch Bildung roter Massenelbstschutzstaffeln beantworten und zur Antifaschistischen Aktion schreiten.

Die Arbeiterklasse reagiert auf das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker

Die Mitgliederversammlung des DFB, Abt. Nikolaier, hatte am 19. Mai einstimmig beschlossen, daß auf das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker, das ein Schlag der Reaktion gegen die Kulturorganisationen darstellt, mit einer gewaltigen Kirchenaustrittsbewegung geantwortet wird. Dieser Beschluß wurde gefaßt auf Grund einer Resolution der revolutionären Opposition. Die Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie auch über die Köpfe der Bürokratie im DFB hinweg gewillt ist, den Kampf gegen die Kulturreaktion und gegen den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Als erster Erfolg dieser Kirchenaustrittskampagne im Stadtteil West vollzogen am Montag, dem 30. Mai, 97 Arbeiterinnen und Arbeiter vor dem Amtsgericht in Breslau den Austritt aus der Kirche. Diese Aktion muß weitergeführt werden. An alle Freidenker im Stadtteil West ergeht daher die Aufforderung, unverzüglich die Bildung eines Kirchenaustritts-Einheitskomitees vorzunehmen, dem Arbeiter aller Parteien und Organisationen angehören müssen.

- Schließt euch zusammen zur roten Einheitsfront des Proletariats!
- Verurteilt sofort eine Versammlung zur Wahl eines Kirchenaustrittskomitees auf breiter Basis ein!
- Kämpft gegen die Kulturreaktion und den Verbotsterror!
- Kämpft gegen die Generalmaßnahmen der Kirche!
- Kämpft gegen den imperialistischen Krieg!
- Schließt die Sowjetunion!

Geraus aus der Kirche!

Erwerbslosenkleingärten

(Kleingärtner-Korrespondenz)

Die Stadt Breslau hat das Gelände für die Erwerbslosenkleingärten erschlossen.

Nachdem vom Reichskommissar für 950 Kleingärten Darlehen in Höhe von 100 Mark pro Garten bewilligt worden sind, steht dieser Betrag zum Ausbau des einzelnen Gartens seinem Besitzer zur Verfügung. Wie bisher bekannt ist, sollen zwei Drittel des Darlehens für Laubebau und ein Drittel für Pflanzen, Geräte usw. verausgabt werden. Dies kann jedoch nur Vorteil für die beteiligten Erwerbslosen haben, wenn dieser Laubebau nur von den Erwerbslosen ausgeführt wird. Beim Bau von etwa 700 bis 750 Gärten, die bis zu einem gewissen Grade hergerichtet werden, lassen sich etwa 120 bis 150 erwerbslose Zimmerer oder Tischler für drei bis vier Wochen beschäftigen.

Ein erwerbsloser Kleingärtner, Verein Friedewald. Zu obiger Notiz möchten wir noch sagen, daß die dort vertretene Meinung zwar nicht falsch ist, da auf diese Weise einigen Erwerbslosen — wenn auch nur für kurze Zeit — Arbeit geschaffen wäre; doch grundsätzlich bringen Schrebergärten, Erwerbslosenkleingärten, Standweiden und wie alle die schönen Einrichtungen heißen, keine Besserung der sozialen Lebenslage der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, alle die angeführten Einrichtungen sind dazu angetan, die Arbeiterklasse von den großen Problemen und den Tagesfragen der Welt abzuwenden, und unsere Aufgabe ist es deshalb, die Arbeiter wieder mehr als bisher an die Tageskämpfe um Arbeit, Lohn und ausreichende Unterstützung heranzuführen.

Stadtdelegiertenkonferenz Sonntag, den 5. Juni

Ortsgruppen im Stadtkreis Breslau wählen Delegierte und melden sie sofort der Bezirksleitung.

Was jetzt fehlen noch die Ortsgruppen: Tschansch, Brodau, Ostschin, Hartlieb, Grünhübel, Schönborn, Schmolz, Gr.-Mochbern, Nawalken, Zimpel, Steine.

Die Stadtteilleitungen müssen sofort in den betr. Ortsgruppen die Wahl der Delegierten veranlassen.

Keine Ortsgruppe ohne Delegierten!

W. Schießen der SPD., W. Breslau.

Die ZNS. krommelt!

Am 12. Juni 1932, dem großen internationalen Kampftag gegen den Krieg, demonstrieren die Werktätigen aller Länder mit der Internationalen Arbeiterhilfe: Für die Verteidigung Chinas und der Sowjetunion!

Massen heraus!

Am Solidaritätstag soll eine politische Massenrevue zur Aufklärung gelangen. Wir fordern hiermit alle Arbeiter und Werktätigen, die Lust haben, als Massen- oder Einzelsprecher mitzuwirken, auf sich gemeinsam mit allen Spieltruppen, Musikvereinen und Choristen zur ersten Gesamtprobe heute abend 19.30 Uhr im Lokal „Schwarze Krähe“ am Neumarkt einzufinden.

Landesleitung der ZNS.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion und der kommunal-politische Beirat

lagt am Donnerstag, dem 2. Juni, abends 8 Uhr, im Sekretariat der K. D., Wallstraße 13. Alle Stadtteile, Betriebszellen und Massenorganisationen müssen Vertreter entsenden und Anträge für die Stadtverordnetenversammlung einreichen.

Aus der Organisation

Das frühere Mitglied Gadauf in Münsterberg wurde wegen Organisationschädigendem Verhalten aus der Roten Hilfe ausgeschlossen.

Leichenpietisch spaltet die Freidenkerbewegung weiter!

Statt Kampf gegen die Kulturreaktion — Kampf gegen die Opposition

Breslau. Während Faschismus und Kulturreaktion in Deutschland ungeheuer verschärft werden, revolutionäre Kulturorganisationen verboten werden, denkt die Führung des Deutschen Freidenkerverbandes gar nicht daran, diesen Schlägen gegen das kämpfende Proletariat mit verschärftem Kulturkampf zu begegnen. Gegenüber dem kämpfwilligen großen Teile der Mitgliedschaft des DFB tut Pietsch, der Bonze des DFB, alles, um den kämpfwilligen mit den rücksichtslosesten Methoden zu erlösen. Angefangen vom Ausschluß des früheren Bezirksvorsitzenden des DFB, Genossen Jelsen, bis zum Ausschluß der gesamten Ortsgruppe Landeshut, die sich hinter ihren Bezirksvorsitzenden gestellt hatte, ist der Weg der Sievers-Pietsch-Bürokratie der Weg der rücksichtslosesten sozialfaschistischen Spaltungspraxis.

Nun will Pietsch auch die Ortsgruppe Kokenau des DFB „erledigen“. Die Ortsgruppe hatte den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Genossen Jelsen in Kokenau sprechen zu lassen, was auch geschah. Die Genossen glaubten noch an „Meinungsfreiheit und Demokratie“ im DFB. Sie hatten aber die Rechnung ohne Pietsch gemacht. Pietsch schickte prompt ein Schreiben an die dortige Ortsleitung, wo es u. a. heißt:

„... trotzdem Ihr Rundschreiben erhalten habt und auch im Bilde seid, wie wir mit Jelsen stehen, habt Ihr Jelsen nach dort kommen lassen und dreißt 22,50 Mark ausgegeben... Wir erheben daher die Ortsverwaltung ihres Amtes und fordern Euch auf, den Bestand von 10 A- und 6 B-Marken sofort an uns zurück-

zusenden. Sollten wir nicht innerhalb acht Tagen im Besitz der unrechtmäßig abgezogenen 22,50 Mark sein, so werden wir die Angelegenheit dem Hauptvorstand übergeben, der dann strafrechtlich und zivilrechtlich die nötigen Schritte unternehmen mag.“

Mit Freidenker-Grupp gen. Pietsch.“

Das sind dieselben Spaltungsmethoden, die beim Ausschluß der Ortsgruppe Landeshut angewandt wurden. Auch in Kokenau wurde unterdessen durch Pietsch die Markenperre verhängt und kein Material mehr an die Ortsleitung gelangt. Pietsch weiß ganz genau, daß die Mitgliedschaft in der Ortsgruppe einmütig und geschlossen hinter ihrer selbstgewählten Leitung steht, und daß die Genossen nicht gewillt sind, sich von Pietsch, unter Ausschaltung ihres Mitbestimmungsrechtes, etwas diktieren zu lassen. Sie rufen alle Klassenbewußten Arbeiter und insbesondere alle Mitglieder des DFB. auf, der Spaltung der Freidenkerbewegung durch die Bürokratie „begegnen durch die Schaffung der roten Einheitsfront zum revolutionären Kulturkampf.“

Stärkt die Opposition im DFB!

Kämpft gegen Spaltung — für rote Einheit!

Antwortet auf das Verbot des DFB. mit einer mächtigen Kirchenaustrittskampagne!

Bildet in allen Orten, in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen einheitsliche Kirchenaustrittskomitees!

Mobilisiert die Massen zum Kampf gegen Faschismus, Kulturreaktion und imperialistischen Krieg!

Zur Naturgeschichte der „Kinderfreunde“ in der SA.P.

Genossin Jelsen aus dieser Organisation ausgeschlossen

Breslau. Die Genossin Jelsen ist aus der Kinderfreundeorganisation der SA.P. ausgeschlossen worden. Die Begründung des Ausschlusses bietet einen guten Maßstab für die kritische Beurteilung dieser Gruppe.

Was war der Grund des Ausschlusses?

Die Genossin Jelsen hat eine Funktion in der Internationalen Arbeiterhilfe übernommen. Das Statut der „Kinderfreunde“ verbietet aber die Arbeit in jeder Organisation, die eigene Kindergruppen hat.

Die geschichtliche Entstehung dieser Statutenbestimmung ist recht aufschlußgebend. Als die Mehrzahl der Helfer bei der Gründung der SA.P. zu dieser übertrat, mußte die Satzungsbestimmung, daß die Helfer Mitglieder der SPD. sein müssen, geändert werden. Sie wurde durch die neue Bestimmung ersetzt, daß die Helfer in einer Arbeiterpartei oder in einer sozialistischen Jugendorganisation organisiert sein müssen, die sich die Verwirklichung des Sozialismus zum Ziele gesetzt hat. Bei dieser Festsetzung blieb es aber nicht. Vielmehr trat eine zweite Veränderung ein, die besagte, daß Helfer nicht einer Arbeiterorganisation angehören dürfen, die eigene Kindergruppen hat. Damit war bereits ein deutlicher Fall nach rechts vollzogen, der auf August Siemsen zurückzuführen ist, der eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen unmöglich machen wollte.

Ein Teil der Helfer haben sich kaum Rechenschaft über die Untauglichkeit dieser Bestimmung gegeben. Sie sind gewohnt, auf des Meisters Worte zu schwören. Der proletarische Respekt vor dem Intellektuellen, dieser Restbestand aus der reformistischen Schule der SPD., spielte hierbei eine große Rolle; aber der andere Teil der Helfer hat den Sinn jener Bestimmung klar erkannt. Bei den meisten Helfern besteht leider noch eine geradezu grotesk wirkende Angst vor den Kommunisten, so daß man fast von einer Psychose sprechen könnte. Viele lehnen selbst eine Diskussion mit Kommunisten ab, wenn letztere nur andeuten, daß die SA.P. im Grunde eine reformistisch wirkende Partei ist. Und was der Kritiker gar, von der SA.P. als von einer Zweigpartei zu sprechen, von einer Solitärgruppe, die die Arbeiterklasse ablehnt, eine Behauptung, die sich auf die Tatsache der 80 000 bei der Landtagswahl für die SA.P. abgegebenen Stimmen stützt, also objektiv richtig ist, dann droht der Helfer einem solchen Kritiker den Rücken und würdigt ihn keines Wortes mehr. Diese Haltung mag auf viele lächerlich wirken, im Grunde ist es jedoch traurig, daß der zwar zu verstehende Parteistolz Formen angenommen hat, der das scharfe kritische Nachdenken ausschließt.

Diese Haltung hat auch zur Folge, daß in bezug auf die Formen sozialistischer Kindererziehung ein erstarrtes Schema verteidigt wird.

Die Kinder der SA.P. werden zwar im sozialistischen Denken geübt, jedoch die notwendige Verbindung mit dem sozialistischen Handeln wird mit einer Sicherheit abgelehnt, die einer besseren Sache würdig wäre.

Dies die theoretische Abgrenzung der SA.P.-Kinderfreunde zur kommunistischen Kindererziehung, dies auch der Grund jener Statutenbestimmung. Aber selbst wenn der sachliche Kritiker von diesen Unterschieden abseht, ergeben sich aus jener Bestimmung die für den Klassenkampf verderblichsten Folgerungen.

Wie fragen zunächst: Was ist die ZNS?

Vorerst stellen wir ihren überparteilichen Charakter fest. Die Behauptung der Gegner, sie wäre eine kommunistische Organisation, verwechselt nach der üblichen SPD.-Methode Grundsatz und Organisationszugehörigkeit. ZNS.-Grundsätze sind sozialistische, marxistische Grundsätze, die allerdings die kommunistische Partei vertritt. Es kommt dem SA.P.-Mann noch nicht zum Bewußtsein, daß er in seiner Stellung zur ZNS. die geriffelte Methode der SPD.-Führung zu der feingliedrig macht und daß er dadurch eine Organisation ablehnt, die wie kaum eine andere geeignet ist, die Einheitsfront aller Proletarier in praktischen Tageskämpfen herzustellen, also das zu verwirklichen, was die SA.P.-Führer und -Zeitung auch ständig fordern. Die SA.P.-Anhänger sollten sich doch überlegen, daß in der Einheitsfront einmal gearbeitet werden muß. Und wir fragen: Wenn diese einheitliche Zusammenarbeit nach Meinung der SA.P.-Führung nicht in der Kinderfreundeorganisation, nicht in den Gewerkschaften, nicht in der Freidenkerbewegung, nicht in der Sportbewegung oder in der

Roten Hilfe möglich sein soll, wo, Genossen der SA.P., soll denn dann noch die Zusammenarbeit möglich sein, wenn ihr auch die Mitarbeit in der ZNS. ablehnt? Dann bleibt ja als einzige Möglichkeit nur noch die Einheitsfront in der SA.P. Eure Führer scheinen die Einheitsfront auch nur so zu verstehen. Sie allein wollen führen. Das ist aber für die Erfordernisse des Klassenkampfes nicht tragbar, wenn der Zwerg — das ist doch, rein sachlich gesehen, die SA.P. — an Großmannstucht leidet. Dabei behaupten eure Führer, daß sie das Parteinteresse dem Klasseninteresse unterordnen. Macht nur Ernst mit dieser Behauptung! Die ZNS. ist ein guter Boden für die Zusammenarbeit breiter Arbeiterkreise.

Nun zurück zum Verhältnis der SA.P.-Kinderfreunde und der ZNS. Die ZNS.-Organisation verliert den Grundgedanken der Solidarität. Ihre Leistungen auf dem Gebiete der internationalen Unterstützung der Kämpfe der Arbeiterklasse sind einfach großartig. Auch das Kind kann hier in seinem Maßstab helfen. Es kann Gelder sammeln, bei Zubereitung des Essens helfen, Essen tragen, beim Nachmittagsmahl helfen und vor allem in der Schule für die Solidarität der Arbeiter eintreten.

Genossen der SA.P. Von diesen praktischen Leistungen für die Arbeiterklasse hält eure Kinderfreundeorganisation die Kinder ab. Das ist mehr wert: Singen proletarischer Kampflieder und revolutionäre Sprechchöre, oder praktische, im Rahmen der Kinderkraft bewerkstelligte Solidaritätsaktionen der Kinder? Eure Kinderfreundeorganisation verbietet sogar den Helfern die Mitarbeit an Solidaritätswerke der ZNS. Eine solche Bestimmung schränkt die solidarische Betätigung selbst der erwachsenen Funktionäre der Kinderfreundeorganisation in maßloser Weise ein. Sie kann nur Ergebnis einer ebenso maßlos englischen Einstellung zum praktischen politischen Klassenkampf der Arbeiterklasse sein. Eine solche Bestimmung macht gleichzeitig die Kinderfreundeorganisation zu einer abgeschlossenen, sektennmäßigen Parteibewegung. Was merdet ihr euren Kindern sagen, wenn sie nach dem Grunde des Ausschlusses der Genossin Jelsen fragen? Die Kinder werden diese englischen, statutenmäßige Bestimmung nicht begreifen. Das Kind der SA.P.-Kinderfreundeorganisation müßte ebenfalls den engen Gesichtskreis, den die parteivoluntarischen Schöpfer jener Statutenbestimmung besitzen, bekommen.

Der Schluß unserer Betrachtung ist unerbittlich, aber richtig: die Kinderfreundeorganisation der SA.P. ist eine SA.P. Proletariatskinder umfassende Isolierzelle. Sie erfährt das proletarische Kind für die Gesamtkaktionen der Arbeiterklasse nicht. Das objektive Ergebnis der falsch gerichteten Bewegung ist den Arbeiterinteressen entgegengesetzt. Was von den einzelnen Helfern gewollt wird, spielt hier keine Rolle, denn das beste Willen bereinigt nicht die tatsächlichen Ergebnisse. Wir sehen auch voraus, welchen Gang die Diskussionen über diese Kritik nehmen werden. Die wortgewandten Helfer werden sie zerpfücken, werden sich in Form über solche Kritik regen. Der Zorn ist aber kein guter Berater, er macht die Logik stumm. Die politische Unklarheit der Helfer wird von den Redegewandten benutzt werden, auch zur Ablehnung der Kritik zu bringen. Eure unorganierte Meinung gegen die SA.P. wird ihnen ihre Ueberhebung leicht machen. Und doch müßt ihr erkennen, daß dieser enge Gesichtskreis euren Sinn für die Größe der Arbeiterbewegung verringert. Macht euch frei von Stimmungen. Laßt euer klares Denken zu Worte kommen, und ihr werdet aus dem engen Raum, in dem ihr euch bewegt, den Weg zu den großen einheitlich zu erkämpfenden Zielen der Arbeiterklasse finden.

Moskow.

Schüleraufführung: Gök von Berlin

Unter Mitwirkung von Schülern und Schülerinnen fast aller höheren Breslauer Schulen gelangte am Sonntag im „Cavital“ (Boethes „Gök“ zur Aufführung. Die Vorzüge und Mängel solcher Schüleraufführungen sind stets die gleichen: Der große Eifer als Vorzug, der sprachliche und dichterische Mangel als Mangel. In einem der Darsteller — Dietrich Wok als Knappe Franz — schien eine schauspielerische Begabung zu stecken. — as.

Die „ZNS.“-Auslieferungsstelle Breslau

befindet sich jetzt Dorostengasse 5, Ecke Schloßhölle

Rote Einheitsfront in Waltershausen — Belagerungszustand gegen Hunger

Die neue „ZNS.“ veröffentlicht aufschlußreiche Bilder vom einheitlichen Kampf der Erwerbslosen in Waltershausen gegen den Unterdrückungsraub.

Verantwortlich für den politischen Teil: Probing und Lohale: Eric Godde, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Bendrich Berlin. — Für Inserate: Albert Gollan, Breslau. — Verlag und Druck: Schlichte Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau, Reibter Straße 50.

Öffentliche Gemeindearbeiter-Versammlung

am Freitag, dem 3. Juni, um 19 Uhr, im Lokal „Oderstrom“, Uferstraße 47.

Stadtverordneter Genosse Brodde spricht über den Stand der Lohnbewegung und die Vorgänge im Stadtparlament.

RUND UM DEN ERDBALL

„Ohrfeigen - ein medizinisches Heilmittel“

Die Grundfähe im Templiner Erziehungsheim - Zweiter Verhandlungstag

Frenzlau, 1. Juni. Die Vernehmung der acht Erzieher des Templiner Erziehungsheimes brachte die ungeheuerlichsten Dinge zutage. Die Gerichtsverhandlung bietet ein anschauliches Bild, wie es in einem christlich-sozialdemokratischen Erziehungsheim aussieht. Der angeklagte Erzieher Wenda erklärt:

„Eine Züchtigung zur rechten Zeit sei stets am Plage. Ohrfeigen wirken wie ein medizinisches Heilmittel.“

Das sind die wichtigsten Bemerkungen dieses Erziehers. Natürlich hält er Ohrfeigen als medizinisches Heilmittel nur bei armen Kindern für angebracht. Auch sonst entwickelte er Ansichten über Erziehung, die sich vollständig mit den Erziehungsmethoden, die die Führer des „Dritten Reiches“ verkünden, decken.

Der Angeklagte Brande, ein Schwager des Direktors, Pastor Grüber, erklärt, daß er alles mögliche getan habe, um den Kindern dort „ein behagliches Dasein zu schaffen“. Was versteht dieser Mann unter „behaglichem Dasein“? Die Kinder wurden furchtbar geprügelt. Jede Bestrafung betraf hunderte und hundert Kniebeugen. „Das Prügeln“ - so sagte er wörtlich - „ist eine Weltanschauungsfrage. Ich bin im alten Sinne erzogen und weiß, daß das gut ist“. Nur das Zerbrechen eines Glases schlug dieser Erzieher den jungen Winkler mit einem 33 Zentimeter langen, arm dicken Holzknüppel aufs Ohr. Einem anderen Jungen hat er einen Teller gegen den Kopf geschmissen und ihn schwer verwundet.

Die meisten Erzieher haben die Kinder körperlich

Luftmord an einem 3½-jährigen Mädchen

Köln, 1. Juni. Am Sonntagnachmittag wurde in Rönneich bei Jülich das 3½-jährige Töchterchen eines Gärtnereibesizers ermordet. Schließlich fand man es tot in der Scheune des Großvaters unter Stroh versteckt. Der Verdacht, das Kind getötet zu haben, richtete sich gegen den 18-jährigen Onkel des Mädchens, den man auch festnahm. Im Verlauf der angestellten Ermittlungen verdächtigen sich die Verdachtsmomente und der Verhaftete gelang nach längerem Leugnen ein, seine Nichte in sexueller Erregung erwürgt zu haben. Das schreckliche Verbrechen hat in der Bevölkerung starke Erregung hervorgerufen.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Wunden und ihre Versorgung

Einige praktische Winke

Die Behandlung der Sportverletzungen im Sommer, die Zunahme der Betriebsunfälle - und nicht zuletzt - die zahllosen feigen Mordverbrechen von Nazibanden auf wehrlose, in der Minderheit befindliche Arbeiter machen es notwendig, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin sich mit den wichtigsten Regeln der ersten Wundversorgung vertraut machen. Sieht man doch immer wieder, daß die oft ungewöhnliche Behandlung von Wunden, an sich ganz harmlosen Verletzungen, schwere bleibende Schädigungen, ja Blutvergiftungen und Todesfälle zur Folge hat.

Größe, tief blutende Wunden, wie sie bei Krebs, Strahl- und Schußverletzungen häufig auftreten, bilden für den Verletzten, vor allem wenn lebenswichtige Organe nicht verletzt wurden, oft eine viel geringere Gefahr als kleine Verletzungen, bei denen es der Betroffene meist nicht für nötig hält, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Unschädlische Wundbehandlung hat hier schon manchen Schaden angerichtet.

Immer wieder hebt man, daß der Verletzte selbst oder seine mitleidige Umgebung mit Hilfe von Taschentüchern, Möbfern oder sonstigen Instrumenten, die Wunde von Verunreinigungen zu befreien suchen. Dabei ist es natürlich ganz sinnlos, aus einer Verletzung Stoffreste, Haare usw. zu entfernen, wenn nicht sofort eine zuverlässige Wundversorgung und ein dauerhafter Verband angebracht werden kann. Die den Fremdkörpern anhaftenden Krankheitserreger sind ja schon längst in die Wunde gelangt, haben sich in ihr ausgebreitet, ja vielleicht sogar schon auf das Dreißig-, Fünfzig- oder Hundertfache vermehrt. Eine jede Wunde, wenn sie nicht nach vorheriger gründlicher Desinfektion der Haut vom Chirurgus mit heißen Instrumenten, unter Beobachtung größtmöglicher Keimfreiheit behandelt wurde, hat als „Infizierter“, als mit Krankheitserregern durchsetzt, zu gelten. Danach richtet sich auch die Behandlung einer solchen Wunde.

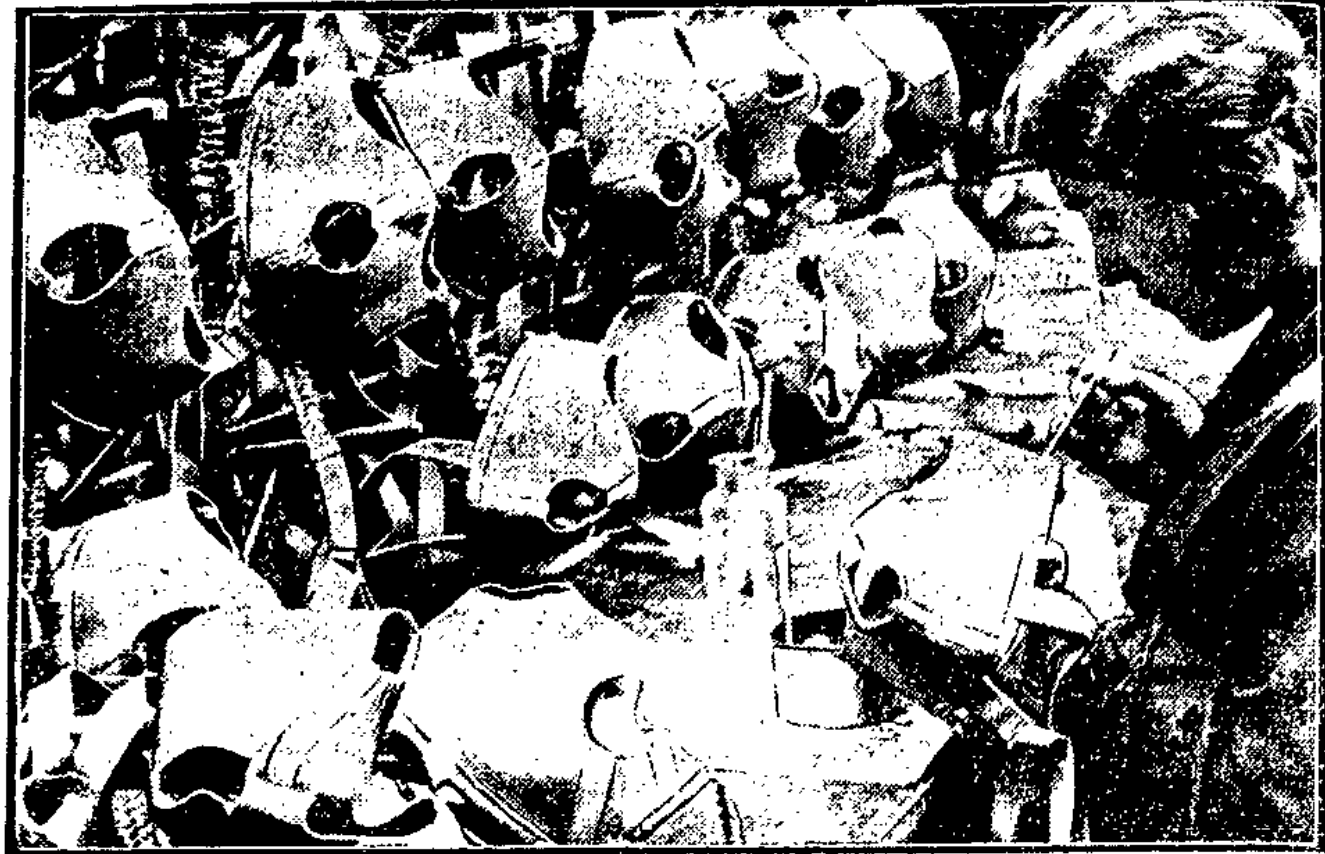
Eiter und oberster Verband ist eine Wunde weder mit Instrumenten noch mit dem Finger zu berühren. Größere Abszessen und Haarbüchel dürfen nur dann aus ihr entfernt werden, wenn sie sich ohne daß dabei die Wundfläche selbst berührt wird, wenn nicht sofort die Möglichkeit gegeben ist, einen Arzt zuzusuchen. Die Haare in der Umgebung sollen rasiert oder ganz kurz geschritten werden. Das Einbringen irgend welcher Flüssigkeit in die Wunde soll grundsätzlich unterbleiben. Alkohol, Wasserstoffsuperoxyd, Sublimatlösung, Jodtinktur, alles sehr gute Desinfektionsmittel, können ja auch nur die oberflächlich liegenden Keime abtöten, würden aber wegen der Vergiftungsgefahr und der teilweise Vernichtung der natürlichen Abwehrkräfte viel mehr Schaden als Nutzen bringen.

mißbraucht, sich an ihnen in schändlichster Weise vergangen. Die Kinder wurden in Zellen ohne Luft und Licht bis zu sieben Wochen eingesperrt. Natürlich geschah das alles mit Wissen des Direktors Pastor Grüber. Das Erziehungsheim befindet sich im Bereich der evangelischen Inneren Mission und untersteht der Aufsicht der Frau Wentl und des Obermagistrats Knauth.

Ja, man muß schon sagen: hier haben sich christliche, sozial-

Man rüstet zum „Frieden“

Ein Bild aus einer Fabrik, die sich mit der Herstellung von Gasmasken befaßt. Man wird in einem künftigen Kriege gerade auf den Schutz gegen Giftgase besonderen Wert legen müssen, da die feindlichen Flugzeuge in wenigen Stunden die großen Städte vergasen würden.



demokratische und Nazimethoden zu einem System zusammenzuführen.

Der Vorstehende bestreift, zur Vernehmung der mißhandelten und mißbrauchten Kinder die Verhandlung von Frenzlau ins Erziehungsheim selbst zu verlegen. Dieser Vorgang ist geradezu ungeheuerlich. Man muß bedenken, daß die Kinder im Erziehungsheim unter dem Druck des Direktors Grüber stehen - der selbst merkwürdigerweise sich nicht unter den Angeklagten befindet - und ihre Aussagen dementsprechend ausfallen müssen.

Polizeihauptmann als Fälscher

Gehalt unterschlagen

Wuppertal, 1. Juni. Unter der Anklage schwerer Urkundenfälschung und Amtsunterschlagung stand ein inzwischen ausgeschiedener Polizeihauptmann vor der großen Wuppertaler Strafkammer. Er hatte, wie die Anklageschrift ausführt, während des Urlaubs eines Untergebenen dessen Gehalt an sich genommen und die Unterschrift in der Gehaltsliste gefälscht.

Der Angeklagte leugnet hartnäckig jede Schuld und erklärte, einer seiner Untergebenen habe diese Tat begangen. Er selbst habe diesem Mann gegenüber aber sein Ehrenwort abgegeben, ihn nicht zu verraten und auch vor Gericht den Namen nicht zu nennen. Als preußischer Offizier mit strenger Ehrauffassung halte er sich

an sein Ehrenwort gebunden. Daraufhin wurden sämtliche ehemaligen Untergebenen des Polizeihauptmanns geladen. Alle beschworen, sich keiner Unterschlagung schuldig gemacht zu haben und erklärten auch, ihren ehemaligen Vorgesetzten gegebenenfalls von dem angeblich gegebenen Ehrenwort zu entbinden, damit er Gelegenheit hätte, den Mann zu nennen. Nachdem die Schriftführer verständigen befragten, daß die Schriftzeichen der gefälschten Unterschrift in den Gehaltslisten den Schriftzeichen des Angeklagten sehr ähnlich sehen würden und daß es sich sehr wahrscheinlich um die Schriftzeichen des Hauptmanns handele, wurde dieser zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zweieinhalb Jahre Zuchthaus beantragt.

Vor den einfahrenden Zug geworfen

Hamburg, 1. Juni. Der hier wohnende 22-jährige Paul P. warf sich am Dienstag auf dem Hochbahnhof am Steinthorplatz vor einen einfahrenden Zug. P. erlitt erhebliche Verletzungen und wurde ins Krankenhaus übergeführt. Der Beweggrund zur Tat ist nicht bekannt.

Bergarbeitertod in Tirol

Innsbruck, 31. Mai. Im Kohlenbergwerk im Bergring verunglückte der 33-jährige Bergarbeiter Josef Hauser tödlich. Er wurde von herabrutschenden Kohlenmassen und Steingerölle am Kopfe getroffen und erlag bald darauf der schweren Verwundung.

Schnellzug und Personenauto

Drei Personen zermalmt

Mailand, 1. Juni. Bei einem Bahnübergang in der Nähe von Padua wurde ein Personenauto von einem Schnellzug erfasst und vollständig zerkleinert. Die drei Insassen wurden von der Lokomotive etwa hundertfünfzig Meter fortgeschleift und bis zur Unkenntlichkeit zermalmt.

Gasausbruch in einer Fabrik

Brüssel, 30. Mai. In dem Werk Cugrée-Marijane in Cugrée bei Lüttich ereignete sich am Montag ein folgenschwerer Gasausbruch. Ein Arbeiter erlitt eine Vergiftung. Einer der Arbeiter ist gestorben, sechs weitere liegen in hoffnungslosem Zustand darnieder.

Selbstmord eines Wiener Gelehrten in Salzburg

Salzburg, 1. Juni. Sonntag nachmittag wurde in der Saalbachgasse die Leiche eines Mannes gefunden, der sich durch eine Gifteinjektion ins Herz selbst den Tod gegeben hatte. Der Selbstmörder ist der 56-jährige Universitätsprofessor Dr. Max Richter aus Wien.

Der tödliche Maibaum

Stuhlweihenburg, 1. Juni. In einem Wirtshaus an der Peripherie der Stadt wurde ein Maifest veranstaltet, wobei nach Volksbrauch auch ein sogenannter Maibaum, eine mit Blumen und Bändern geschmückte Holzstange, aufgestellt wurde. Der heilige Sturm warf nun die Stange um und diese durchdrang die elektrische Lichtleitung. In der Nacht genies der 20-jährige Landwirt Johann Dobay mit dem abgerissenen Leitungsdraht in Berührung und wurde auf der Stelle getötet. Ein Freund Remeth, der ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde lebensgefährlich verletzt.

Dr. med. Wilhelm Zwienty.

Waldenburg

Der Fürstbischof, das beste Mittel der SPD. gegen Radikalisierung

Waldenburg. Am Freitag, dem 27. Mai, hatte die Stadt Waldenburg ein „freudiges Ereignis“. Der Fürstbischof Vertram war aus Breslau hochwürdiglich erschienen. Mit dem Empfang kamte dieser „Bardenträger“ ebenfalls sehr zufrieden sein. Außer der Geistesfreiheit von Waldenburg und Umgebung waren als Ehrengäste auch die verschiedensten SPD-Größen, unter ihnen Oberbürgermeister Schubert, Landrat Franz, Polizeibräutigam Wende und andere eingetroffen. Ein tolles Stück leistete sich bei der Empfangsrede der SPD-Oberbürgermeister Schubert. Er begrüßte im „Namen der Stadt Waldenburg“ den Fürstbischof und erklärte, daß in der Zeit der Not, die den Radikalismus so anschwellen lasse, der hohe Besuch durch den Bischof doppelt zu begrüßen sei. Er bringe dem Gläubigen Trost und Hilfe, damit sie die wirtschaftliche Not leichter übersehen, und schließlich durch den Besuch des Fürstbischofs viel zur Ueberbrückung der Gegenläge bei.

Was sagen die SPD-Arbeiter zu ihrem „Genossen“ Schubert? Steigt nicht jedem SPD-Arbeiter die Schamröde ins Gesicht? Allen Anschein nach suchen die SPD-Größen bei ihren Konfessionsbrüdern Hilfe vor der Radikalisierung ihrer eigenen Parteimitglieder. Die SPD-Führer in den Staatsjutterkrippen wissen sehr genau, was die katholische Kirche mit ihrem gelamten Apparat für eine gewaltige Unterdrückungsmaschinerie darstellt. Das kam sogar in den Ausführungen des Erzpriesters Reifert zum Ausdruck, der da sagte: „Wenn so viel Vertreter der Behörden erschienen sind, so erkenne man darin eine stille Anerkennung der gewaltigen moralischen Großmacht, die die katholische Kirche darstellt.“

Die SPD-Führer begrüßen den Bischof als das beste Werkzeug zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die sozialdemokratischen Arbeiter reißen sich ein in die antisozialistische Kampffront zur roten Einheitsfront, zum gemeinsamen Kampfe gegen Lohn- und Unterdrückungsraub. Für unterdrückte, ausgebeutete Proleten kann kein Platz mehr in der Sozialdemokratischen Partei sein. Organisiert eine breite Kirchenaustrittskampagne als Antwort auf die Provokation des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters und des Fürstbischofs von Breslau.

Entlarvte Betrüger sollen wieder auf Arbeiterorganisationen losgelassen werden

Freiburg. Der Freiburger SPD-Vorstand und auch der schlesische Bezirksvorstand der SPD. fühlen sich demüßigt, der Freiburger Arbeiterkassette eine der gemeinsten und schamlosesten Schmarotzer-Garnituren vom Schlage eines Ehepaars Hermann Krause als „vorbildliche“ Funktionäre zu präsentieren. Diese Subjekte hatten es äußerst geschickt verstanden, sich ein „vertrauensreiches“ Betätigungsfeld im Volksbund für Muttererziehung und Sexualhygiene, Ortsgruppe Freiburg, zu sichern. Weit über Freiburgs Mauern hinaus ist es bekannt geworden, in welcher charakterlosen Art und Weise das Ehepaar Krause die Mitgliedschaft des Vereins für Muttererziehung ausgenutzt hat. Das gegen die Verbrecher an der eigenen Klasse zusammengetragene Material kann Hände füllen. Krause wurde verurteilt wegen Verfehlungen und Betrügereien aus dem DMR. und der SPD. ausgeschlossen. Die neue Entlarvung des Krause als gemeiner Betrüger im V.M., Ortsgruppe Freiburg, wirkte denn auch hier viel Staub auf. Der Vorstand des V.M. hatte alle Mühe, sich der schmutzigen Elemente vom Schlage des Ehepaars Hermann Krause zu erwehren. Mit Recht hatten SPD-Arbeiter von ihrer Partei verlangt, daß solche Elemente, wie das Ehepaar Krause, ein für allemal aus den Arbeiterorganisationen zu entfernen sind. Wie wenig aber diese Instanzen auf die Wünsche ihrer Mitglieder reagieren, beweist die Tatsache, daß die Liegnitzer Bezirksleitung des V.M. unter Liders-Vandauer, dem Freiburger Vorstand zumuteten, ein Abkommen zu unterzeichnen, wonach im Krause noch gewisse Vorteile herauszubringen sollten. Die Handlungsweise der Liders-Vandauer demonstriert so recht die verbrecherische, gemiffenlose SPD-Führereigenschaft.

Die am 21. Mai d. J. stattgefundene Mitgliederversammlung stellte sich einstimmig hinter die Handlungen bzw. Entscheidungen des Gesamtverbandes. Nach einem gut angelegten Vortrage des Vorst. Regt-Liegnitz nahm die Versammlung Stellung zu den letzten Vorgängen im Bereich der hiesigen Bezirksorganisation des V.M. und nahm folgende Resolution einstimmig an:

Resolution

Die heute am 21. Mai 1932 stattgefundene Mitgliederversammlung des Volksbundes für Muttererziehung und Sexualhygiene,

Brüning zurückgetreten! — Hitler-Regierung droht!

Darüber spricht Sandtner, MdL., am Freitag, dem 3. Juni, 20 Uhr in der Stadthalle in Görlitz. — Karten zu 25 und 15 Pfennig bei allen Funktionären u. in der Geschäftsstelle.

Gewaltige Einheitsstundgebung der Erwerbslosen

Liegnitz. Die vom vorbereitenden Kampfausschuß für Montag, dem 30. Mai, einberufene Versammlung der Erwerbslosen gestattete uns zu einer gewaltigen Kampfstundgebung gegen jeden Pfennig Unterdrückungsraub! Fast 2000 Erwerbslose ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit füllten den großen Saal des Wundergartens, der wegen Ueberfüllung von der Polizei noch vor Beginn der Versammlung geschlossen wurde. Da mehrere Hundert Erwerbslose keinen Einlaß mehr finden konnten und deshalb wieder umherstreifen mußten, sah sich der Ausschuß veranlaßt, für Mittwoch noch eine Versammlung der Erwerbslosen im Sommertheater einzuberufen. Als erster Redner sprach der erste Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Hermann Anders, über das Zustandekommen der Bewegung. Er geißelte im besonderen die gemeine Hege der Liegnitzer Zeitungen aller Schattierungen und wendete sich gegen die Behauptung, daß es „kommunistische Mache“ sei und erklärte unter Beifall, daß es sich hier um die einheitliche Kampffront aller Erwerbslosen zum Kampfe gegen weitere Verelendung handelt.

Nach ihm sprach der Genosse Reichel, der zunächst der Versammlung den Rücktritt der Brüning-Regierung mitteilte und die Ursachen schilderte, die dazu geführt haben. Scharf und in sehr klaren

Freiburg (Schwenk), Bezirk Liegnitz, erhebt schärfsten Protest gegen die eigenmächtigen Verhandlungen des Bezirksverbandes Liegnitz mit der Familie Krause, nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß sich die Familie Krause an unserer Mitgliedschaft durch betrügerische Manipulationen bereichert hat. Unsere Mitgliedschaft hat sich in mehreren Abstimmungen eindeutig dafür entschieden, daß sie mit solchen Elementen nicht das Geringste zu tun haben will. Wenn der Bezirksverband zu Liegnitz glaubt, sich mit solchen Schädlingen unserer Bewegung zu einigen, so verbitten wir uns das aufs allerheftigste und nehmen es ab, mit dieser Partei ein Abkommen zu treffen, welches ihnen wieder den Weg freimachen soll, um in unseren Reihen obermals Unterschlupf zu finden.

Der Bezirksverband zu Liegnitz wird beauftragt, die in einem Schreiben gegen Krause angeordnete öffentliche Volksversammlung in Freiburg abzuhalten. Im Verigerungsfalle wird diese Versammlung laut heute einstimmig gefaßtem Beschlusse von der Ortsgruppe Freiburg des Vereins für Muttererziehung und Sexualhygiene, Bezirk Liegnitz, durchgeführt.

SPD.-Közler verurteilt Der gemäßregelte Häring muß wieder eingestellt werden

Dittersbach. Am Donnerstag stand die Wiedereinstellungsklage Häring gegen die Gemeinde Dittersbach am Arbeitsgericht zur Verhandlung. Sie endete mit dem vollen Erfolg für den gemäßregelten Grundstücksfontroffeur und der verdienten Niederlage Közlers als „Arbeitgeber“. H. muß wieder eingestellt oder mit 300 Mark entschädigt werden, außerdem müssen 152 Mark an Stelle der nicht innegehaltenen Kündigung gezahlt werden. Dazu kommen die nicht unerheblichen Kosten, da ein großer Zeugenapparat aufgebaut wurde. Aus der Fülle des Materials der langen Gerichtsverhandlung ist für uns besonders bemerkenswert die elende Rolle, die der Zeuge Baumeister Fehmel spielte und wie schwach die Argumente Közlers waren. Schade, der Bunge des Gesamtverbandes, fungierte als Rechtsbeistand

Verstärkt den Kampf an der innergewerkschaftlichen Front

Sandberg. Tiefste Erbitterung ergreift die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über das feige Zurückweichen der Bürokratie bei der von dem staatlichen Machtapparat verordneten Lohnsenkungssaktion. Die Illusionen vieler Arbeiter, daß die Gewerkschaftsbürokratie doch in die Aktion eingreifen, durch einen Kampf dem weiteren Lohnraub ein Ende setzen wird, vergehen. Diese bittere Erkenntnis offenbart sich nach außen durch den Austritt der Arbeiter aus den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsbürokratie schwingt daher radikale Phrasen. Man hat bereits „Mutterbögen“ in den Gewerkschaftsbüros ausgearbeitet, die man den Mitgliedern zuflüstert, die die Bezahlung der Beiträge verweigern. Aus dem Schreiben des Baugewerksbundes in Sandberg, das Parzif unterschrieb und an einen Bauarbeiter sandte, finden wir unsere obigen Angaben bestätigt.

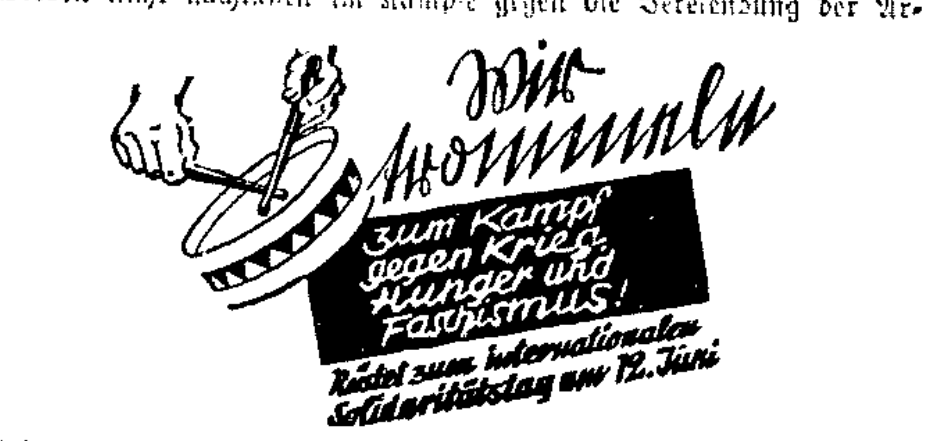
Radikale Phrasen, aber keine Taten

Man schreibt, daß man „die Organisation über die schwere Zeit hinwegbringen müsse“ — daß „eine allgemeine Verärgerung Platz gegriffen“ habe, daß aber „die Verärgerung nicht dazu führen dürfe, die Geschäfte der Unternehmer zu beiraten“. — Weil diese infame Bürokratie weiß, daß die Arbeiter für die Beilegung des Kapitalismus sind, knüpfen sie auch daran an. Parzif schreibt dem Arbeiter: „Ein klauenbewußter Arbeiter ist überzeugt, daß der Weg zur Beilegung des kapitalistischen Systems nicht mit Reien befreit ist. Teufel an unsere alten Verlampfer, die mühsam, unter allen möglichen Schikanen der Unternehmer, die Organisationen aufgebaut haben. Dieses Volkwerk gegen die Ausbeuter muß erhalten werden, trotz alledem und alledem!“

Aus ihrer Praxis

Ist es nicht ein wahrer Hohn, wenn diese Gewerkschaftsbürokratie bei den Arbeitern noch von der Beilegung des kapitalistischen Systems iselt? Hat man nicht seit 1911 gezeigt, daß der Weg der Gewerkschaftsführer die Erhaltung des kapitalistischen Systems ist? Hat man nicht die revolutionären Arbeiter aus den Verbänden herausgemorren? Hat man nicht eine Ausbürgerungskampagne nach der

des D. Schatz ist ja ein Genosse von Közler und er spielte für Häring eine von Anfang an als Verleumdung, was vorauszu sehen war. Der Arbeiterrat der Gemeinde, der als Arbeiter auftrat, hat wirklich, wie es sich für einen klauenbewußten Arbeiter gehört, die Interessen seines Kollegen objektiv und gut wahrgenommen, was wahrnehmbar den Közler laut seiner Fraktion veranlassen dürfte, ihn ebenfalls bei Gelegenheit „abloben“ zu lassen. Doch wir werden auf dem Posten sein. Die Zeit ist vorbei, wo der Sozialistische Duce sein Gewaltregiment ohne Massenwiderstand führen konnte. Die Kommunisten haben den Kampf gegen das Hungerregime und ihre heilen sozialistischen Sünden in breiter Öffentlichkeit angekündigt. Wir werden nicht nachlassen im Kampfe gegen die Verelendung der Arbeiter und Werktätigen und werden auch mit der Claqueurwirtschaft aufräumen.



Die Etatberatung steht unmittelbar bevor. Es folgt Verdoppelung der Negersteuer und Kürzung der Hungerunterstützung. Hier lassen wir Kommunisten in erster Linie an. Wir machen es nicht so wie die SPD., die „Politik“ im Orte mit verächtlichem Knatsch macht, um dabei ihre Existenz beweisen zu wollen. Wir sind durchaus der Meinung, daß mit allen Mitteln der Luderwirtschaft von Közler u. Co. ein Ende gemacht werden muß. Die nächste Gemeindevorstandssitzung wird unter der Offensive der Arbeiter, unter Führung der Kommunisten stehen. Wir sagen schon heute, daß die kommunistische Fraktion u. a. beantragen wird, daß die Kosten, die der Gemeinde durch die Entlassung Häring entstanden sind, nicht durch die Steuerzahler aufgebracht werden dürfen, sondern vom Gehalt Közlers abgezogen werden.

anderen gemacht? Hat man nicht auf den Tagung des ABW. die Minister des kapitalistischen Staates als eigene Referenten verwandt? Hat man nicht offen erklärt, daß die Lehren von Marx heute eine reaktionäre Phrase sind? Hat nicht Tarnow offen erklärt, daß die deutschen freien Gewerkschaften Verzie am Kapitalismus sind? Jawohl! Die Führer der deutschen freien Gewerkschaften sind, wie alle anderen Führer der Amsterdamer Internationale, Vertreter der Interessen ihres jeweiligen kapitalistischen Staates, sind nicht besser als Paul Boncour in Frankreich, Vandervelde in Belgien, Mac Donald in England, Adler in Oesterreich.

Wenn heute die Führer der Gewerkschaften auf die großen Opfer der Gründer der Gewerkschaften hinweisen, so begehen sie Leichenschändung. Diese Gründer der Gewerkschaftsbewegung schufen unter größten Opfern und Verfolgung eine Organisation, die die Aufgabe habe sollte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Klasse zu verbessern. Die Gewerkschaften wurden als Massenkampfinstrumente in den Händen der Proletarier gegen die Ausbeuter geschaffen. Die heutigen Gewerkschaftsführer haben diese gefährdete Waffe der Werktätigen vernichtet. Bereits die Mitbegründerin des Spartakusbundes, die Genossin Rosa Luxemburg, die lange Jahre in der SPD. als Führerin und verantwortliche Leiterin tätig war, die die Gewerkschaftsführer tadelte, erklärte einmal: „Wenn die deutsche Arbeiterklasse wird die Annalen der Geschichte durchblättern, wird sie finden, daß es noch keine größeren Dolanklagen gab als die deutschen Gewerkschaftsführer.“ Das Urteil der Genossin Rosa Luxemburg hat sich im Laufe der letzten Jahre schon tausendmal bewahrheitet.

Kämpfe an der innergewerkschaftlichen Front!

Bedeutet all dieser Verrat der Gewerkschaftsführer an der deutschen Arbeiterbewegung, daß die revolutionären Arbeiter keine Arbeit mehr in den Gewerkschaften zu leisten brauchen? Absoit nicht. Im Gegenteil! Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Gewerkschaftsführer unter Anwendung der radikalen Phrasen nie noch ihre Mitglieder bei der Stange halten können, ist es unsere Aufgabe, den wahren Charakter dieser „links-bourgeoisen Arbeitervereine“, wie sie sich oft zu nennen pflegen, aufzuzeigen. Es genügt nicht, daß die Gewerkschaftsmitglieder rebellieren, sie müssen zum konzentrierten Sturm antreten und die Kämpfe über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokratie hinweg entfesseln. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt seit Jahren den Kampf, die Gewerkschaften wieder zu Massenkampfinstrumenten zu gestalten. Dieser Kampf kann aber nicht mit der Illusion geführt werden, daß es möglich wäre, die „Bongen zum Kampfe zu zwingen“. Ein Erfolg dieses Kampfes ist nur möglich im schärfsten Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, und mithin auch gegen die sozialen Hauptstützen dieser Gesellschaftsordnung, das sind heute die Führer der Gewerkschaften und der SPD.

Die Arbeiter müssen erkennen, daß sie den Kampf gegen die Lohnabbauoffensive des kapitalistischen Staates und des Unternehmertums nur dann siegreich durchführen können, wenn sich die Werktätigen über alle Schranken hinweg, ohne Unterschied von Partei, Gewerkschaft und Organisationsverhältnis, zusammenschließen zu einer gemeinsamen Abwehrfront. Daß die Reaktion vor der geschlossenen Front der Unterdrückten weichen muß, zeigen die Beispiele in Landeshut, Sagan und anderen Orten. In den Orten und Proletariervierteln diskutiert man schon nicht mehr über die rote Einheitsfront, sondern formiert sie und stellt sie zum Kampfe. Die verhunderten Exmilitierungen in den Proletariervierteln, die erfolgreiche Abwehr des Unterdrückungsraubes in einer ganzen Reihe von Orten zeigen, daß auch der Kampf gegen den Lohnraub im Betrieb von derselben Einheitsfront erfolgreich geführt werden kann.

Wir müssen jetzt durch verstärkte innergewerkschaftliche Arbeit die Mitglieder der Gewerkschaften zum Kampfe gegen den Lohnraub heranzuführen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden dann sehen, daß ihre Gewerkschaftsführer sich nicht nur vor dem Kampfe drücken, sondern ganz offen auf die Seite der Unternehmer und des Staates stellen. Die Front wird klarer und der Kampf um Arbeit und Brot wird alle unterdrückten Schichten zusammenschweißen. Dann ist kein Platz mehr für radikale Phrasenbrecher, sondern dann stellt der Kampf der Proletarier die Klassenfrage.

Jede Stunde Arbeit, die wir zur Verstärkung des Kampfes innerhalb der Gewerkschaften für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition verwenden, bringt uns der wirklichen Einheitsfront aller Ausgebeuteten, und damit der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse, näher.

Einheit der Jugend zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht!

Streik der Breslauer Jungerwerbslosen gegen Zwangsarbeit

Rote Einheitsfront der sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und parteilosen Jungarbeiter, der KJ.V. - und SJ.V.-Genossen

Allen Maßnahmen verleihe die Bourgeoisie ihren ideologischen Inhalt, nur der Jugend zu verhärten, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen für die Einleitung einer allgemeinen Zwangsarbeit und Streikbewegung. So werden vom Breslauer Magistrat wiederum Anordnungen erlassen, die eine Verhärtung der Arbeitsdienstpflicht sind. Man verleihe die Jungerwerbslosen durch den Hinweis, daß sie sich freiwillig melden können, um dadurch später eine angemessene Arbeit zu bekommen, für diese Strafe zu büßern. Dagegen möchte man möglicherweise den Jugend eine Freiwilligkeit der Teilnahme an den Kurzen verschaffen. Auf dem herangezogenen Vorgehen des Arbeitsamtes für die Kurze heißt es nämlich:

„Sollten Sie sich zu den freiwilligen Kurzen des Arbeitsamtes nicht gemeldet haben, fordern wir Sie auf... im Kursus zu erscheinen. Nichterscheinen zieht Unterstützungsentzug nach sich.“

Das ist die Freiwilligkeit des Arbeitsamtes! In dem Kurzen über herrschen die unbeschreiblichen Zustände. Hier muß man kämpfen, doch für den Kursus müßte man eine enge Kurze mit Arbeitsraum vorhanden ist, in dem 30 Mann arbeiten sollen. 100 Mann haben nur ein Tischchen. Für den militärischen Teil wird ebenfalls gesorgt. Ein Jungerwerbsloser, der einen Lehrer im Kursus etwas fragen wollte, erhielt als Antwort:

„Sehen Sie erst einmal pramm, die Hacken zusammen, wenn Sie mit mir reden wollen!“

Das Nichtbefolgen dieses militärischen Drills zog den Entzug der Unterstützung nach sich. Das meiste stellen wir fest, daß in einer Reihe von Kurzen bereits heute produktive Arbeiten geleistet werden. So wird im Tischler-Kursus Holz glatt gehobelt zum Bau von Stühlen. In einem Wädelkursus, der im Keller auf der Parkstraße stattfindet, werden Kleider gefaltet, Zimmer aufgeräumt usw. Es haben sich eine ganze Reihe weitere Beispiele angeschlossen.

Kampfforderungen der Jungerwerbslosen

Die Jungerwerbslosen erkennen sofort den Sinn und Zweck der Kurze. Sie können die Kurze ab und stellen ihre Forderungen auf. Sie verlangen:

1. Tägliche Bezahlung der 12 Stunden Kurzus.
2. Alle Kursteilnehmer bekommen freie Straßenbahnfahrt.
3. Alle Kursteilnehmer bekommen Mittagessen.
4. In allen Kurzen werden Schülerräte gewählt.
5. Diese werden zusammengefaßt im Schülerräte-Ausschuß von Breslau, der zu bestimmen hat über die Themen und Lehrer und alle anderen Fragen, die den Kursus behandeln.

Für die Erfüllung dieser Forderungen streiten die Jungerwerbslosen. In roter Einheitsfront, sozialdemokratische, parteilose und nationalsozialistische, Mitglieder des SJ.V. und KJ.V., wurde der Kampf geführt.

Arbeitsdienstpflichtlager im Neuroder Industriefriedhof

Alle Gruben und Betriebe stehen still — Arbeitsdienst im Walde bei Hausdorf — Militärischer Drill zum Krieg gegen Sowjetrußland — Revolte unter den Arbeitsdienstpflichtigen

(Jungarbeiterverbänden)

Am 2. 1931 ging durch ganz Deutschland die Schreckenstunde. Die Gruben und Betriebe im Hausdorf bei Neuroder, 101 Bergwerke hatten ein Arbeitsdienstlager. Für einige Zeit war die Dienstpflicht immer ein am Schicksal der Hausdorfer und Ludwigsdorfer Arbeiter. Die Arbeiterverbände wurden einmündig. Die Arbeiter und die Jugend war nicht mehr so stark, aber dem Zwangsarbeitelager des letzten Bürgerkriegs war Genüge getan. Man hatte dort ein „Arbeitsdienstlager“ und ein „Militärisches Lager“ mit einem großen Hof, das er ohne weiteres ein Lager sein konnte, nur wurde damit genaugenau zu haben. Die Dienstpflichtigen waren Hausdorf, Ludwigsdorf und Ullrichsdorf. Die Lagerarbeiten wurden beschleunigt. Alle anderen Betriebe haben ebenfalls schon lange still. Niemand arbeitet mehr! Am 1. 1931? Nein! Die Arbeiter wollen gern arbeiten, aber niemand hat es lieb. Die Jungarbeiter und die erwachsenen Arbeiter mit ihren Familien sind zum Hungern verurteilt.

Revolte im Arbeitsdienstlager

Am Mittwoch, dem 18. Mai, revoltierten die Arbeitsdienstler im Hausdorfer Arbeitslager. Sie verlangten, daß der Revierführer Zimmerling den Arbeitsdienstlern gegenüber einen anderen Ton anschlägt. Sie wollten sich die Anreizerei durch diesen Führer nicht mehr gefallen lassen. Nur durch Versprechungen konnten die Jugendlichen noch im Lager gehalten werden. Um weiteren Revolten vorzubeugen und um die Disziplin zu heben, sollen 25 bis 30 Breslauer Jungarbeiter in das Lager kommandiert werden. Dies wird noch mehr zur Militarisierung des Arbeitsdienstlagers führen. Aufgabe aller Jungarbeiter, gleichgültig, zu welcher Partei sie gehören, ist es, gegen die tschechische Arbeitsdienstpflicht den Kampf aufzunehmen.

Hausdorfer und Ludwigsdorfer Proleten ohne Arbeit

Jeder vernünftige Mensch glaubt nun, die Gemeinde- und Kreisverwaltung verleihe alles, um Arbeit zu beschaffen. Wer das glaubt, der irt sich gewaltig. Im Walde bei Hausdorf (im Leiergrund) sind Rodungs-, Aufzuchtungs- und Wegbauarbeiten durchgeführt. Jedes Jahr wurden Hausdorfer Proleten dabei beschäftigt.

Gegen die Streikenden wurde mit allen Mitteln, die der Staatsapparat zur Verfügung hat, vorgegangen. Androhung und Durchführung von Unterstützungsentzug, Korruption durch schöne Versprechungen, Einleiten der Polizei gegen die Streikenden. Unter Polizeischutz wurden die Jungerwerbslosen in die Kurze hineingebriecht.

Ein Teilerfolg errungen

Den ersten Erfolg haben die Jungerwerbslosen errungen! Straßenbahngeld und warmes Frühstück wurde ihnen versprochen. Diese Forderungen wurden bereits bei einem Teil der Jungerwerbslosen erfüllt. Jetzt ist es Aufgabe aller Jungarbeiter, dafür zu sorgen, daß diese Forderungen in allen Kurzen sofort in Erfüllung gebracht werden.

Der Kampf der Jungerwerbslosen geht weiter! Jeden Tag werden von den einzelnen Kurzen Delegationen zum Arbeitsamt entsandt, die erneut Forderungen stellen und für die reifere Durchführung der alten kämpfen. Massenanklagen an Unterstellungen in Form von Arbeitskleidung, Schuhe usw. werden gestellt.

In einem Teil der Kurze sind bereits Schülerräte gebildet

Jungtumpels aus dem Waldenburger Kohlenrevier berichten

Hungerlöhne für die Lehrlinge und Jungarbeiter im Bergbau Jugendmitglieder des Einheitsverbandes der Bergarbeiter rufen zur roten Einheitsfront

Die Bergbauhämnen gehen heute mehr denn je dazu über, an Stelle der aus dem Betrieb rationalisierten Arbeiter, Lehrlinge und Jugendliche als billige Ausbeutungsgüter auszubilden. Bei welchen Hungerlöhnen die Lehrlinge und Jungarbeiter, die zudem unter Tage fast in Lebensgefahr sind, arbeiten müssen, zeigen uns folgende Angaben.

Die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren, welche unter und über Tage beschäftigt sind, sowie alle Lehrlinge, die in Nebertagebetriebe als Schiefer, Stempeler und Pannschlepper arbeiten, erhalten im ersten Lehrjahr einen Zehner von von 1,08 Mark, der bis zum vierten Lehrjahr im Alter von 16 und 17 Jahren auf 1,83 Mark ansteigt. Jugendliche im Alter von 18 und 19 Jahren erhalten pro Schicht 2,30 Mark. Jugendliche Arbeiter im Untertage-Betrieb im Alter von 14 Jahren erhalten pro Schicht 1,70 Mark und im Alter von 15 Jahren pro Schicht 2,08 Mark. In den Untertage-Betrieben erhalten die Schiefer pro Schicht im Alter von 18 und 19 Jahren pro Schicht 3,50 Mark. Die Schiefer müssen sämtliche Arbeiten verrichten, die ihnen angewiesen werden. Dabei bekommen, in selbigen

worden. Der Kampfaustritt nimmt jetzt die Verbindung auch mit den Kurzen auf, die erst in diesen Tagen beginnen, um auch diese nach einheitlichem Plan in den Kampf zu führen.

Die KPD. für die Forderungen der Jungerwerbslosen

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat die Forderungen, so wie sie die Jungerwerbslosen aufgestellt haben aufgegriffen und als Dringlichkeitsantrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Dieser Antrag wurde aber von der Fraktion der S.A.P. nicht unterstützt. Diese stellt dafür einen eigenen Antrag, der aber nicht den Forderungen der Jungerwerbslosen entspricht. Die Jungerwerbslosen fordern nicht nur „angemessene Entschädigung“, wie die S.A.P. es fordert, sondern tarifliche Entschädigung, Mittagessen und Fahrgehalt. Sie fordern nicht nur die „Mitbestimmung“, sondern wollen selber über das bestimmen, was ihnen die Kurze bringen werden. Selbst dieser Antrag der S.A.P. wurde von den Parteien von der S.P.D. bis zu den Nazis als Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Der Kampf der Jungerwerbslosen ist von großer Bedeutung, zeigt er doch, daß auch unter den Breslauer Jungarbeitern der Wille zur Einheitsfront des Kampfes wächst. Das Beispiel, das die Breslauer Jungerwerbslosen gegeben haben, muß überall an allen Stellen, in allen Kurzen, in allen Stätten der Arbeitsdienstpflicht und besonders in den Betrieben seinen Widerhall finden. Überall müssen die Jungkommunisten herantreten an die unteren Organisationseinheiten der S.A.P., der K.P.D., an die sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und parteilosen Jungarbeiter und ihnen konkrete Vorschläge des Kampfes gegen Zwangsarbeit, Arbeitsdienstpflicht, Lohn- und Unterstützungsrab, Faschismus und Krieg machen.

Strecken Kohlen abziehen, beim Füllort eines Streber Kohlenwagen oder Bergewagen transportieren. Schlepper im Alter von 16 und 17 Jahren erhalten pro Schicht 2,63 Mark. Diese Schlepper müssen leichtere Arbeiten verrichten, z. B. Bergausklopfen kurz vorm Füllort, bei langen Muttschen, wo 100—200 Wagen Kohle abgezogen werden. Das ist eine sehr langweilige Arbeit. Weiter müssen sie das Holz, welches in den Streben gebraucht wird, transportieren oder schlecht gefüllte Kohlenwagen auffüllen.

Gegen diese elende Ausbeutung, wie sie hier aufgezeigt wird, müssen die jungen Bergarbeiter ganz energisch Front machen. Für jeden jungen Jungtumpel sind die unerhörten Hungerlöhne und die erneuten Massenentlassungen ein Alarmzeichen zum Kampf für Lohn-erhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wer ist es, junge Kollegen, der für eure Forderungen, und sei es auch nur die Hälfte, eintritt? Gewiß die Führer der reformistischen, christlichen oder kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften? Nein! und nochmals nein! Diese haben schon zur Genüge bewiesen, daß sie im gegebenen Moment stets auf Seite der Unternehmer stehen, sei es als Organisatoren des Streikbruchs oder bei Durchführung anderer Verschönerungen, wie es zum Beispiel der Bierhaus-Plan darstellt.

Die jungen Tumpels im Bergbau müssen den Schritt zum „Einheitsverband der Bergarbeiter“ tun. Dieser rote Verband ist die einzige gewerkschaftliche Organisation, die die Interessen der Bergarbeiterjugend rücksichtslos vertritt. Schafft auf jeder Grube und Schachtanlage Jugendgruppen des EWV!

Jungtumpels! Eure Forderungen gegen die brutale Anreizerei, für Lohnerhöhung könnt ihr nur in roter Einheitsfront erkämpfen. Deshalb schmeißt in jedem Schacht, in jeder Abteilung die Einheitsfront aller Jungarbeiter ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit. In roter Einheitsfront wird die Jugend des Waldenburger Hungerlandes über alle ihre Feinde siegen!

Jungproleten vom Bau!

Jede Woche tagt im Gewerkschaftshaus die Baugewerksjugend. Nach den Angaben leitender Funktionäre der Baugewerksjugend zählt diese 300 Mitglieder. In den Heimabenden werden — drei bis fünf Jugendliche „erfacht“.

Es ist auch gar kein Wunder, daß nicht mehr Leute dorthin kommen, denn die Beschäftigung mit mehr oder minder unfruchtigen Bauleuten ist keine Antwort auf die Fragen, die jeder Jungarbeiter stellt: Der Jungprolet vom Bau will wissen:

„Wie kämpfen wir gegen Lohn- und Unterstützungsrab?“ „Wie kämpfen wir gegen Arbeitsdienstpflicht, Faschismus und Militarisierung?“

Jungbauarbeiter! Junggewerkschafter! Nut Schulter an Schulter mit den Jungkommunisten und der Jugend-KPD. könnt ihr für eure Interessen kämpfen.

Her zur roten Einheitsfront! Zeigt der Baugewerksbürokratie, daß ihr jetzt Wichtigeres zu tun habt als zu basteln!

An die Adresse der S.A.P.-Schüler

Wie „ernst“ die S.A.P. und ihre Unterorganisationen es mit der von ihnen gepredigten Zusammenarbeit meinen, zeigte sich wieder einmal am vergangenen Donnerstagabend. Zwischen dem „Sozialistischen Schülerbund“ und dem „Schülerverband der S.A.P.“ war ein Diskussionsabend über Gewerkschaftsfragen festgesetzt worden. Die Genossen des S.P.D. warteten lange auf die S.A.P.-Schüler. Aber sie kamen nicht. Dafür hatten sie allerdings eine „Kanone“ als Redner geschickt. Daß man einen Diskussionsabend zwischen zwei Gruppen nicht stattfinden lassen kann, wenn von der einen Gruppe nur der Redner da ist, ist klar. Der Abend mußte deshalb verschoben werden. Nun fragen wir euch, liebe S.A.P.-Schüler: In der „S.A.P.“ kann man häßlich lesen, daß es fünf Minuten vor 12, daß der Zusammenstoß und einheitliche Kampf unbedingt notwendig ist, wenn die Arbeiterklasse nicht vom Faschismus überannt werden will. Ihr habt also durch euer Nichterscheinen bewiesen den großen Unterschied zwischen schwülzigem Einheitsfrontgerede und der Einheitsfront in der Tat.

Doch dieses Jahr ist es anders. Nicht die Hausdorfer oder Ludwigsdorfer werden beschäftigt in angemessenem Lohn, sondern eine Gruppe des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ führt diese Arbeiten aus

38 Mann aus Breslau, Glog, Mischke und anderen Orten sind dort beschäftigt. Am Tag erhalten sie Verpflegung und 50 Pfennig Taschengeld. Alle Arbeitsdienstpflichtigen sind einig, daß die in Reichsmark umzuwandeln. Die Leitung des Lagers hat ein früherer Reichsbildner von der Reichsmark. Verantwortlich wird das Lager vom nationalen Jugendbergbau.

Mit Drill und Schliff, bei sechsstündiger Arbeitszeit in großer Sonnenhitze, bei schlechter Verpflegung und einem kümmerlichen Taschengeld sollen die Jungarbeiter reif gemacht werden für den Kasernenhof, sollen sie reif gemacht werden für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Ludwigsdorfer Jungkommunisten greifen ein

Unsere Aufgabe ist es, den Jungarbeitern all das zu sagen, ihnen klar zu machen, daß sie für die Interessen der herrschenden Klasse mißbraucht werden und den arbeitslosen Arbeitern die Arbeit wegnehmen. Die Ludwigsdorfer Jungkommunisten haben das! Und was sagt ihr? Keiner der Jungarbeiter, mit denen wir sprachen, hatte „Habe Dank von Vaterland und Nation“. Jeder mußte, daß der „Freiwillige Arbeitsdienst“ eine Einrichtung des kapitalistischen Staates ist, mit welcher die Jungarbeiter mißbraucht werden und ausgebeutet werden. Jedem Arbeitsdienstler wird pro Tag 1,50 Mark zuzuschreiben. Die Gutschrift soll er erhalten, sobald er „hiedelt“. Dazu braucht er aber mindestens 1500 Mark eigenes Geld, und das kann kein Jugendlicher aufbringen. Die Arbeitsdienstpflichtigen wissen also, daß sie ihr „Gutleben“ niemals sehen werden und die Betragenden sind.

Die Forderungen der Jungarbeiter müssen lauten: Tarifliche Bezahlung, ausreichende und gute Verpflegung, Abschaffung des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ und dafür feste Einhellung als Arbeiter.

Wir Jungkommunisten aus dem Neuroder Gebiet haben mit allen Arbeitern und den Arbeitsdienstpflichtigen gemeinsam den Kampf gegen den Arbeitsdienst aufgenommen zur Befreiung des Arbeitsdienstes.

Japan will Sibirien erobern!

Moskau, 30. Mai Die japanische ultrareaktionäre Zeitung „Nihon“ brachte einen provokatorischen sowjetfeindlichen Artikel Kamajis, den die Redaktion der Zeitung einen „Sachverständigen in der russischen Frage“ nennt.

Die „Pravda“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei der Sowjetunion, entlarvt in ihrem Artikel „Nieder mit den Provokateuren des Krieges im Fernen Osten“ die imperialistische Eroberungstendenz des japanischen faschistischen Schmonds und tritt gegen den neuen Versuch auf, die Sowjetunion zu provozieren.

In der „Pravda“ heißt es:

Der „Sachverständige“ der Zeitung „Nihon“ schreibt: „Zwischen Japan und der Sowjetunion kann keine Freundschaft bestehen, da ihre Ideale diametral entgegengesetzt sind.“

„Japan ist eine Monarchie, die das friedliche Nebeneinanderleben (!) und die Achtung der gegenseitigen Interessen der Welt anstrebt. Die Sowjetunion dagegen ist eine Republik, die die Unordnung, den Bürgerkrieg und die Revolution anstrebt, und die die ganze Welt unterjochen will.“

Hieraus kommt Herr Kamajiz zu der unerwarteten Schlussfolgerung: „Ohne die Lösung der Sowjetfrage kann auch keine Rede von der Schaffung eines Paradieses in der Mandchurei sein. Die Lösung des mandchurischen Problems hängt von der Lösung des sibirischen Problems ab. Wenn die Mandchurei für Japan Leben oder Tod bedeutet, so bedeutet Sibirien für die Mandchurei und die Mongolei Leben oder Tod.“

Es handelt sich selbstverständlich nicht um die „Mandchurei“, von der Herr Kamajiz träumt. Paradies — das ist nur ein schönes Wort. Die tatsächliche Ursache, die den hochverehrten „Sachverständigen“ zu solch unerwarteten Schlussfolgerungen führt, legt er selbst äußerst genau dar:

„Durch ein unabhängiges Sibirien sichert sich Japan die vollständige wirtschaftliche Selbstständigkeit von der übrigen Welt. Wenn die Mandchurei, die Mongolei und Sibirien unabhängig sind, dann hat Japan nichts zu befürchten, sogar wenn die ganze Welt Japan angreift. . . . Bekommt Japan Sibirien, dann wird es auf ewig die Arbeitslosigkeit und die Weltwirtschaftskrise vergessen. . . . Je rascher dieses Programm gegen die Sowjetunion durchgeführt wird, desto besser.“

Dieser offene Aufruf zum Kriege gegen die Sowjetunion ist augenblicklich nach Meinung des Herrn Kamajiz eine Bestätigung für seine These, daß „Japan ein friedliches Nebeneinanderleben anstrebt.“

Ueber Logik verfügt Kamajiz nicht, dafür aber über um so größere Frechheit. In der Tat: Worauf stützt der Sachverständige in der russischen Frage“ seine Behauptung, daß die Sowjetunion „die ganze Welt unterwerfen will“? Wir können fragen: Wo und wann hat sich die Sowjetunion an einer Intervention gegen Japan beteiligt, wo und wann hat die Sowjetunion versucht, sich einer Teil Japans oder irgendein anderes Gebiet anzueignen? Wo und wann machte die Sowjetunion einen Anschlag auf Besitzungen Japans auf dem asiatischen Festlande? Von wem übrigens, Herr Kamajiz, wurde die Mandchurei besetzt, vielleicht von der Sowjetunion? Und zum Schluß gestattet uns, auch Herren Redakteure aus der Zeitung „Nihon“, zu fragen: Wo und wann sind in der Sowjetpresse Artikel erschienen, die nur Würden? Wo und wann hat die Sowjetpresse zum Kriege, zur Abtrennung irgendeines Teils vom japanischen Territorium aufgerufen, wie dies der Provokateur und „Sachverständige“ Kamajiz der Sowjetunion gegenüber tut? Bei allen ihren Fähigkeiten können die Kriegsprovokateure, die sich in der Zeitung „Nihon“ betätigen, keine einzige Tatsache anführen, die irgendwie eine Grundlage für die provokatorischen Behauptungen des Herrn Kamajiz abgeben würde.

Herr Kamajiz wiederholt, von irgend jemand angetrieben, einige Male in seinem Artikel: „Schwanen denn jetzt die japanischen Obriheiten tatsächlich? Jetzt ist die beste Zeit für die Durchführung dieses Programms (der Besetzung Sibiriens. Die Red.). Man darf den Augenblick nicht veräumen, der möglicherweise nie wiederkommt.“

Wir sind gezwungen, den „Sachverständigen“ der „Nihon“ zu enttäuschen: Der Augenblick ist schon verpaßt. Und zwar längst. Dieser Augenblick kehrt nie wieder, denn er wurde schon am 7. November 1917 verpaßt.

Lausanne bringt keine Tributverleicherung

Die Deklaration der Kommunisten gegen Versailles und Young über den Volksbetrug der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien

Aus Washington wird gemeldet, daß Macdonald die amerikanische Regierung telephonisch ersucht habe, sich doch an der für den 16. Juni in Lausanne geplanten Reparationskonferenz zu beteiligen. Die amerikanische Regierung habe es abgelehnt, nach Lausanne zu kommen.

Die deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse, die bis vor wenigen Tagen noch den Massen einzureden versuchte, Lausanne werde eine „Endlösung“ des Reparationsproblems bringen, ergeht sich jetzt in tiefstem Pessimismus. Tatsächlich haben sich im Gefolge der tiefen Krise auch die imperialistischen Gegensätze beim Reparationsproblem so verschärft, daß von Lausanne bestenfalls

eine Verlängerung des Zahlungsausschubs zu erwarten ist. Unzufrangern sind die betrügerischen bisherigen Versuche der deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, den unter dem Tributsystem leidenden werktätigen Massen eine Erleichterung durch Lausanne vorzugaukeln.

Die kommunistische Partei hat schon in ihrer Deklaration gegen Versailles und Young vom Februar dieses Jahres den Schwindel angeprangert, daß auf kapitalistischen Konferenzen mit Hilfe der Tributräuber die nationale Knechtung des deutschen Volkes beseitigt werden könnte.

In der Deklaration heißt es:

Wer den Massen einredet, mit Hilfe des Völkerbundes könne das räuberische System des Versailler Vertrages und des Youngplans gemildert werden, der betrügt die Massen. . . . Keine „Verhandlung“ der Bourgeoisie, keine Maßnahme der Sozialdemokratie oder der Nationalsozialisten wird jemals die drückenden Lasten der Youngklaverei von den Schultern der deutschen Werktätigen nehmen.

Solange in Deutschland der Kapitalismus regiert, solange wird jede Konzession der Imperialisten, jeder Zahlungsausschub nur mit neuen Lasten für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, für die Werktätigen in Stadt und Land erkauft. Solange wird jedes Abkommen nur die Kette der Versailler Sklaverei fester schmieden und das kapitalistische Deutschland noch enger in die Front des Krieges gegen das Sowjetland der Arbeiter und Bauern eingliedern. . . .

Für die Werktätigen gibt es nur einen Ausweg aus der Katastrophe, aus der sozialen Sklaverei und der nationalen Knechtschaft. . . . Dieser Ausweg heißt: Sieg der Arbeiterklasse, Eroberung der politischen Macht, Aufbau des Sozialismus!

10 000 japanische Soldaten nach Sachaljan

Charbin, 31. Mai. Die japanische Militärmission in Charbin bestätigte die Meldungen, daß 10 000 japanische Soldaten nach Sachaljan (gegenüber Progranitschnaja an der Sowjetgrenze) unterwegs sind mit dem Ziel, „die Ordnung wiederherzustellen und der Regierung Puji Hilfe zu leisten.“ Nach Wiederherstellung der Ordnung würden die Truppen das Grenzgebiet wieder verlassen. Der General Honjo erklärt jedoch bereits, daß die letzten Kämpfe zwischen den Aufständischen und den japanischen Streitkräften ein mehrmonatiges Verbleiben der japanischen Truppen in der Mandchurei erforderlich machen würden. Jeder kann sich denken, was gegenüber diesen Äußerungen, die von einer beispiellosen Kriegshege japanischer Zeitungen unterstützt wird, von der Erklärung zu halten ist, die Truppenverschiebungen bedeuten keine Bedrohung der Sowjetgrenzen.

Wiederaufnahmeverfahren für die acht Neger!

Großer Erfolg des Massenprotestes

(Nach Redaktionsschluss eingetroffen)

Washington, 31. Mai. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat das Wiederaufnahmeverfahren gegen die sieben wegen „Vergewaltigung zweier weißer Mädchen“ zum Tode verurteilten Neger angeordnet.

Der Ausschub der Hinrichtung, die Zulassung des Wiederaufnahmeverfahrens für die acht Negerknaben von Scottsboro ist ein glänzender Erfolg des Massenprotestes in der ganzen Welt, an dem auch die Berliner Arbeiter und Werktätigen hervorragenden Anteil haben.

Prozess gegen „Schwarze Drachen“ vertagt

Tokio, 31. Mai. Der Prozess gegen die Mörder des japanischen Ministerpräsidenten Inukai, der am 8. Juni in Tokio beginnen sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da die Polizei weitere Verhaftungen vorgenommen hat.

200 Tote in Bombay!

Bombay, 31. Mai. Die ganze Nacht hindurch und auch heute dauerten die Kämpfe im Spinnereiviertel an. Es fielen wieder drei Todesopfer.

Seit dem 14. Mai wurden 200 Arbeiter von Macdonalds Soldateska getötet und mehr als 2000 verwundet.

Bulgarien stellt Reparationszahlungen ein

Wien, 31. Mai. Aus Athen wird gemeldet: Die bulgarische Regierung hat offiziell der griechischen Regierung mitgeteilt, daß es ihr unmöglich sei, die nächsten Reparationszahlungen zu leisten. Die griechische Regierung hat ihren Gesandten in Sofia beauftragt, auf die schwere Lage hinzuweisen, in die dieser bulgarische Beschluß die griechischen Finanzen bringt.

Der offizielle Regierungsvertreter in Genf macht Frankreich ein militärisches Bündnisangebot gegen die Sowjetunion! Inmisch und offen entlarvt die deutsche Bourgeoisie ihre Kriegsspläne. Gemeinsam mit Frankreich, das die deutschen Werktätigen in die Ketten der Tributsklaverei geschlagen hält, will die deutsche Bourgeoisie gegen das Land der befreiten Arbeiter und Bauern marschieren.



Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

43. Fortsetzung.
Nun ging alles wieder seinen gewohnten Gang; wenigstens schien es so. Luise hatte eine Beschäftigung bekommen, die sich kaum von der bisherigen unterschied. Sie wohnte zwar wieder in einem Privathause, aber ihre bisherigen Zimmergenossinnen waren die alten geliebten. Das Leben in Bastogne war etwas lebhafter, etwas frohzügiger. Aber irgend etwas lag in der Luft. Luise merkte es an dem Verhalten ihrer Vorgesetzten, an den Korrespondenzen und Befehlen, in denen Nervosität zitterte. Meldungen, die kamen, widersprachen sich. Meinungen plaken Luise merkte es an dem Verhalten ihrer Vorgesetzten, an den heulicher und leiser geworden. Man hatte der Dinge, die da kommen sollten.
Es war Anfang November, als Luise vor der Tür des Majors von Langenan stand, der sie um ein Altkleid ersucht hatte, als drinnen eine laute Diskussion geführt wurde:
„In Deutschland ist es unruhig geworden“, sagte der Major, „eine neue Regierung wird gebildet. Gleiches Wahlrecht für Preußen geschaffen. Grundlegende Rechte sind von der Person seiner Majestät, unseres Kaisers und Königs auf die Volksvertretung übertragen worden.“ Es trat eine Pause ein. Jemand räusperte sich. Der Major fuhr mit knarrender Stimme fort: „Deutschland befindet sich in der Umbildung zu einem Volksstaat und es ist notwendig, daß die öffentliche Sicherheit durch das Volk selbst in jeder Beziehung aufrechterhalten wird. Zweifelloser sehen wir vor dem baldigen Abschluß des Friedens. Das Heer und die Flotte und auch die Regierung wollen den Frieden! Natürlich wollen wir den Frieden! Aber noch haben wir unsere deutschen Grenzen vor dem Einbruch des Feindes zu schützen!“
„Ich verstehe nicht, Herr Major, wie leicht Sie sich mit der

Tatsache der „Umbildung Deutschlands zu einem Volksstaat“ vertraut machen! Diese Neugestaltung kann doch nur den Zweck haben, die MSP-Leute (Mehrheitssozialisten) in der Regierung ein Wort mitsprechen zu lassen. Ich verstehe das nicht!“
„Lieber Kamerad“, antwortete der Major geduldig, „Sie verstehen anscheinend die Situation? Es gibt keinen anderen Ausweg. Nur mit dem Mittel der Demokratie werden wir in Augenblick weiter kommen! Sie sind zu wenig Politiker, um das zu erkennen. Wenn wir zu dem Volke sagen: Wir haben Vertrauen zu euch, ihr habt euch in den vier zurückgebliebenen Kriegsjahren glänzend bewährt, wir müssen unsere Volkswirtschaft wieder aufbauen, wir müssen die Lebensverhältnisse wieder verbessern, dazu aber gehört Selbstjucht, Disziplin, Ruhe und Ordnung, die öffentliche Sicherheit muß durch euch selbst geschaffen und garantiert werden, dann glauben sie es! Sie tun, was wir wollen und das ist erst mal die Hauptsache.“
„Ich verstehe. Angesichts der Situation ist also die Frage der Volksvertretung, des Volksstaates eine taktische Frage in der Durchführung unserer Pläne? Sie meinen, die Volksvertreter werden diese Pläne nicht durchkreuzen?“
„Ganz richtig, lieber Kamerad! Sagen sie erst einmal in der Regierung drin, dann tragen sie auch die Verantwortung und werden leichter zu zähmen sein. — Auch die Massen, die hinter ihnen stehen, werden glauben, sie haben es geschafft.“
Luise sah abends auf ihrem Zimmer und versuchte zu schreiben. Sie wollte um neue und genaue Nachrichten bitten. Das belauschte Gespräch vor der Tür des Majors hatte ihr zu denken gegeben und blühartig beschaltet, was in Deutschland vor sich ging. Der Krieg ging seinem schnellen Ende zu. Nicht die Militärs wollten den Frieden, sondern die Verhältnisse geboten es. Die Räumung der Orte und Stellungen wurden in den Ferichten als „erfolgreiche Abwehr“ drapiert. Der Abmarsch wurde als Verstärkung der rückwärtigen Stellungen bezeichnet, und trotzdem — dachte Luise — werden sie das rote Gespenst, die weitere Zerschlagung der Truppen und den Aufmarsch der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen nicht aufhalten können. Wird es diesmal gelingen, den Verrat der Kaisersozialisten zu brandmarken und diese auszuschalten? Bei diesen Gedankengängen, denen sie lange nachhing, überwältigte sie plötzliche Müdigkeit. So schlief sie an diesem Abend, am Tische sitzend, den Kopf auf die Arme gestützt, ein. —
Träumte sie? Ganz deutlich hörte sie die Melodie des Kampfliedes:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unserer Fahne steht zuhauf!
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
Bald steigt der Morgen hell herauf!
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Zahllos ist unserer Feinde Schaar!
Doch ob wie Flammen die Gefahr
Hoch über uns zusammenschlagen:
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all!
Der Bahn, der führen, folgen wir,
Die uns geführt Lasall!
March, marsch! March, marsch!
Und sei's zum Tod! Denk unsre Fah'n ist rot!“
Träumte sie? Immer näher und näher kam der Gesang. Es war ihr, als hörte sie die Schritte der Arbeiterbataillone auf dem Straßensplaster immer im Gleichschritt: March — march! Und — sei's — zum — Tod — denn — unsre Fah'n ist — rot!
Aber — das waren doch nicht die Worte? Man sang doch auf diese Melodie etwas anderes?
Sie stand hastig auf. Rieb sich die Augen und rannte zum Fenster. Sie riß es auf. Der kalte Nachwind wehte die Gardinen weit ins Zimmer. Die Kälte machte sie zittern. Ihre Zimmergenossinnen wurden wach:
„Was ist los? Warum sperren Sie das Fenster auf? Sind Sie mond süchtig geworden?“
„Still doch, still doch! Hören Sie nicht!! Sie kommen!! Sie singen das Lied!“
Luise sang vor Begeisterung mit:
Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht!
Ist erst dies Bollwerk überstiegen,
Wer will uns dann noch widerstehn?
Dann werden bald von allen Höh'n,
Der wahren Freiheit Banner wehen!
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all! — — —
„Bist du verrückt geworden? Mach das Fenster zu!“
(Fortsetzung folgt)

